

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
eingetragen in die Reichspost-Zeitungssliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Hölderstr. 16a part.
Telephonruf: Nr. 8392.

Insertionsgebühr pro sechzehnstelliger Notizenzelle:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.
Geschäftsanzeige finden keine Aufnahme.

383800
In einer Aufl. von
EXEMPLAREN erscheint diese Ztg.

Die Gewerkschaftsbeiträge und die öffentlichen Steuern.

In der sechstägigen Reichstagsdebatte über das neuwpfifige Budget der sogenannten "Reichsfinanzreform" blieb es dem preußischen Finanzminister v. Rheinbaben vorbehalten, die bekannte Kampfmethode des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie anzuwenden, nach der die Waffen aus dem eigenen Lager des Gegners geholt werden. Eigentlich hätte das, das sollte man meinen, Sache des Reichsverbandsgenerals v. Liebert sein sollen, der durch die Rückständigkeit eines Teiles der sächsischen Arbeiter leider den Reichstag als "Volksvertreter" — „ziert“. Aber der Herr Liebert befindet sich gegenwärtig in sehr angreifenden und niederrückenden persönlichen Schwierigkeiten; er soll nämlich das Sämmchen von 400000 M an das Reich zurückzahlen, das er seinerzeit als Gouverneur von Ostafrika eigenmächtig ausgegeben hatte. Der sozialdemokratische Abgeordnete Noske und der Zentrumsmann Grzberger brachten die Affäre zur Sprache und sie werden sie wiederholen, bis sie zur Zufriedenheit und Schadloshaltung des Volkes erledigt ist. Herr Liebert ist sich offenbar des volkstümlichen Sprüchleins bewußt, daß, wer Butter auf dem Kopfe hat, nicht in die Sonne gehen soll und darum war er in der letzten Zeit im Reichstag so still.

Dafür redet nun Rheinbaben im Stile des Liebertschen Reichsverbandes, um die sozialdemokratische Opposition zu entwaffnen. Dabei ist es nicht überflüssig, daran zu erinnern, daß Herr v. Rheinbaben nicht etwa ein Staatsmann, sondern eine Polizeinatur ist, als die er sich in der üblichen Weise als Polizeipräsident von Wiesbaden unter dem Sozialisten-gesetz durch Auflösung von Organisationen und Verbote von Versammlungen „erfolgreich“ betätigte. Darum auch erblicken die Junker in ihm den sogenannten „starken Mann“, also den geeigneten Oberpolizisten, den sie gerne gegen die gefahrene Arbeiterbewegung loslassen möchten.

Rheinbaben verteidigte nun den großen Beutezug auf die Taschen des arbeitenden Volkes gegen die sozialdemokratische Kritik und Opposition mit dem Hinweis auf die Opfer, die die organisierten Arbeiter für die Gewerkschaften und für die Partei bringen. Diese Opfer werden von skrupellosen Feinden der Arbeiterbewegung zu allerlei demagogischen Zwecken ausgespielt, solange sie besteht. War doch früher der „mit den Arbeitersachen gemästete Agitator“ geradezu eine stehende Figur im Kampfe der Gegner. Wenn es gerade passte, wurde dann umgedreht die Gewerkschaft wie die Partei beschuldigt, ihre Angestellten schlecht zu bezahlen und auszubuten. Rheinbaben sagte also:

„Der wirtschaftliche Aufschwung der Arbeiter wird durch die großen Ausgaben, die für die Gewerkschaften aufgebracht werden, unwiderrücklich bewirkt. Die Einnahmen der freien Gewerkschaften für 1907 betrugen 55 Millionen (hört, hört! rechts); sie sind seit 17 Jahren um das Fünffache gestiegen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Arbeitslosenunterstützung.) Im übrigen sind die Gewerkschafts- und Parteidateien Zwangsbeiträge, während bei den indirekten Steuern jeder durch Verminderung des Konsums es in der Hand hat, seine Belastung zu vermindern. Hier ist also, wie Bismarck sagte, jeder sein eigener Steuerrevisor. Lachen bei den Sozialdemokraten.) Auch bleiben die indirekten Steuern nur teilweise auf dem Arbeiter haften, sie werden zum andern Teil in den Arbeitslöhnen auf den Arbeitgeber abgewälzt. Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ich kann Ihnen dafür einen großen Heiligen der Sozialdemokratie anführen (Heiterkeit rechts), Engel. An den Steuern sind die Arbeiter nur sehr wenig interessiert. Das, was der Arbeiter an Steuern zahlt, geht in den Produktionsstufen ein, muß also vom Unternehmer mit vergütet werden.“ (Hört, hört! rechts.) Wenn Herr Südekum von der sozialen Notwendigkeit des Bierkonsums sprach, so meine ich doch, daß es eine viel größere soziale, politische und moralische Notwendigkeit ist, daß die Arbeiter für die eminenten Bedürfnisse des Reiches auch ihrerseits einen Beitrag entrichten.“

Herr v. Rheinbaben ist ein Rechenkünstler und wohl deshalb preußischer Finanzminister. Er konstatiert, daß seit 1890 die Einnahmen der Gewerkschaften um das Fünffache gestiegen seien, er verschweigt jedoch, daß in der gleichen Zeit die Mitgliederzahl um das Achtfache gestiegen ist, nämlich von 277659 in 1891 auf 1865506 in 1907. Außerdem ist die ganze Rechnung Rheinbabens falsch und ein neuer Beweis für die Oberflächlichkeit und Unzuverlässigkeit, mit der die Arbeiterbewegung beobachtet und sodann auf Grund angeblicher „Tatsachen“ bekämpft wird. Die Einnahmen der Gewerkschaften haben sich von 1891 tatsächlich um das 46fache, nämlich von 1116588 auf 51396784 M, erhöht.

Dieser Einnahmestieg steht eine entsprechende Erhöhung der Leistungen der Gewerkschaften an ihre Mitglieder gegenüber. So stieg die Arbeitslosenunterstützung von 64290 M in 1891 auf 6527577 M in 1907, die Reihe-

unterstützung von 114938 M auf 869148 M, die Krankenunterstützung von 304648 M in 1893 auf 3482222 M und in gleichem Maße erfuhrn die Ausgaben für die übrigen Unterstützungswege Erhöhung. Im ganzen erhöhten sie sich von 284208 M in 1891 auf 11006735 M in 1907, also um das 60fache!

Die Ausgaben für die wirtschaftlichen Kämpfe schwanken sehr stark von Jahr zu Jahr in der 17jährigen Vergleichsperiode, aber sie sind von 1037789 M in 1893 auf 13196363 M in 1907, um das Zwölffache gestiegen. Und die Streikausgaben verschulden ja fast ausschließlich die Unternehmer, indem sie durch ihre Prodigieit, Gewalttätigkeit und Ausbeutungsfucht die Arbeiter zum Streik treiben.

Mit den Lohnkämpfen und ihren Errungenschaften sowohl als auch mit den Unterstützungen ersparen die Gewerkschaften den Gemeinden und dem Staat unberechenbare Summen, die sie anderfalls zur Unterstützung und Versorgung der verelendeten Massen aufwenden müßten. Auch im Lichte dieser Tatsachen erscheint die Wirtschaftlichkeit der Gewerkschaften als eine wahrhaft gemeinnützige, aber man kann von einem rücksichtigen preußischen Junker nicht verlangen, daß er diese Gemeinnützigkeit anerkennt.

Der Rechenkünstler Rheinbaben nimmt zu den ausnahmsweise richtig angenommenen 27 M — mit den 53 Mill. Mark Gesamteinnahmen hat er circa 2 Millionen zu viel „argumentiert“ — Jahresbeitrag eines Gewerkschaftlers noch 15 M Parteibetrag hinzu, ein Betrag, über dessen Naturgeschichte alle nähere Ausklärung fehlt, und er kommt damit auf 42 M, die ein sozialdemokratischer Arbeiter alljährlich zahlen müßte. Und nun stellt er nach dem Grundsatz: „Nur Geschwindigkeit und keine Hesitation“ den 42 M den Beitrag von 6 M gegenüber, der durch die neuen Steuern von den Arbeitern gefordert würde. Diese Gegenüberstellung ist ein ganz unzulässiges Manöver, denn der Gewerkschaftsbeitrag wird von einer erwachsenen und verdienenden Person bezahlt, die indirekte Steuer dagegen muß für jede Person bezahlt werden und ist daher eine Kopfsteuer. So hat dann der verheiratete Gewerkschafter mit einer nur fünfköpfigen Familie eine Mehrbelastung an indirekter Steuer von 30 M gegenüber 27 M an Gewerkschaftsbeitrag zu tragen, also 3 M nur an Mehrleistung mehr als an die Gewerkschaft. Nun kommt aber die Gesamtsumme an indirekten und direkten Steuern in Betracht, die allein in Vergleich mit dem Gewerkschaftsbeitrag gelehrt werden kann. Diese betragen im Reich und den Einzelstaaten nach dem Budget von 1907 7,33 Milliarden Mark, wozu noch die Milliarden kommen, die die mehr als 76000 deutschen Gemeinden an Einnahmen zu verzeichnen haben. Wir wissen nicht, wie hoch diese Einnahmen sind, nehmen wir sie nur mit 2,67 Milliarden an, um mit jener Summe auf rund 10 Milliarden zu kommen, so ergibt sich eine durchschnittliche Belastung pro Kopf der 60 Millionen Einwohner des Deutschen Reiches von 166 M oder von 830 M für eine fünfköpfige Familie. Und nun sollen dazu die neuen Steuern von 500 Mill. Mark kommen und die durchschnittliche Kopfbelastung weiter um 6 M vermehren. Mit den so gewonnenen 172 M beziehungsweise 860 M müssen Sie, Herr v. Rheinbaben, die 27 M Gewerkschaftsbeitrag vergleichen.

Sie müssen ferner in Vergleich ziehen die Leistungen der Gewerkschaften an ihre Mitglieder mit denen des Staates und der Gemeinden an die Bevölkerung. Von den 2500 Milliarden Mark Einnahmen des Reiches kommen den Arbeitern 51 Mill. Mark zugute im Beitrag an die Alters- und Invalidenversicherung. Was aber hat der Arbeiter vom preußischen Staat mit seinen 3,14 Milliarden Mark Einnahmen, was von den übrigen deutschen Einzelstaaten, was von den Gemeinden? Der deutsche Arbeiter hat noch nicht einmal die Unentgeltlichkeit des Schulunterrichtes und der Schulbücher für seine Kinder, keine unentgeltliche Geburthilfe, keine unentgeltliche Beerdigung, keine Arbeitslosen-, Witwen- und Waisenfürsorge, und die Kosten der Kranken- und Unfallversicherung muß er auch selber direkt und indirekt tragen. Der Staat trägt hierzu nichts bei. So fällt der Vergleich ganz unvergleichlich günstig für die Gewerkschaften aus.

Ganz im Stile des Agitationsjargons des Reichslügenverbandes ist die Redensart des Herrn v. Rheinbaben von den „Zwangsbeträger“ an die Gewerkschaft und an die Partei, und auf dem gleichen Niveau steht die wiederum gewärmte Bismarck'sche Weisheit, die durch ihre Wiederholung durch den kleinen Epigonen nicht beweisstätig wird. Mit der Abwälzung der Steuern im Arbeitslohn auf den „Arbeitgeber“ ist Herr v. Rheinbaben glücklich beim Alexander Lille angelkommen.

Im Reichstag hat unser Genosse Dr. Südekum die verwegenen Theorien des Herrn v. Rheinbaben ins rechte Licht gerückt.

Herr v. Rheinbaben hat übrigens im Reichssekretär Sydow einen ebenbürtigen Kollegen, der zur Beleidigung

seines unglücklichen Steuerbukets ebenfalls zu den verzweifeltesten Mitteln griff. So behauptete er, daß in Deutschland die indirekten Steuern verhältnismäßig viel niedriger seien als zum Beispiel in Frankreich; dort stünden sie im Verhältnis zu den direkten Steuern wie 1 : 1, hier aber wie 1 : 2. Herr Spahn wies demgegenüber aber nach, daß in Deutschland auf 1 M direkter Steuer pro Kopf der Bevölkerung 3,24 M indirekter Steuer kommen, das Verhältnis also von 1 : 3,2 sei.

Es gelten halt immer noch die Worte des seligen Ozenierna: „Mein Sohn, du ahnst nicht, mit wie wenig Weisheit die Welt regiert wird.“

Kirche und Gewerkschaft.

(Schluß)

Es. Herr Giesberts ward die Aufgabe zuerteilt, die Stellung der christlichen Gewerkschaften gegenüber den Ansprüchen des Jesuiten Reich zu begründen. Die Aufgabe wäre sehr einfach gewesen, wenn Herr Giesberts sich dem Jesuiten, der den kirchlichen Standpunkt mit Folgerichtigkeit und Entschiedenheit vertreten, als Arbeiterführer gegenübergestellt hätte, der mit ebensolcher Folgerichtigkeit und Entschiedenheit für das Recht seiner Klasse, für die Interesse der Arbeiterschaft eintrete. Aber Herr Giesberts ist nicht nur Arbeiterführer, er ist auch ein getreuer Sohn seiner Kirche, der seinem Bischof demütig die Hand küßt; er ist auch ein Abgeordneter derjenigen Partei, deren Stärke in dem engen Bündnis mit der Kirche besteht und die deshalb darauf hält, daß keiner ihrer Vertreter es an der einen mächtigen Bundesgenossen schädigen Gehrbeitung fehlen läßt.

Herr Giesberts versucht sich aus der unangenehmen Lage, in die ihn seine Doppelstellung als Arbeiterführer und Zentrumsmann gebracht hat, dadurch zu retten, daß er (Kölnerische Volkszeitung Nr. 943 vom 2. November) erklärt: Die theoretischen Auseinandersetzungen, die durch die Zürcher Konferenz wieder eingezogenen, seien nutzlos; an eine Verständigung zwischen christlichen Gewerkschaften und katholischen Fachabteilungen sei vorerst nicht zu denken, man habe zunächst sein Augenmerk darauf zu richten, daß die Auseinandersetzung beiderseits in einständiger und ruhiger Zone geführt und daß die Debatten über katholische Sittenlehre und Autorität aus öffentlichen Versammlungen und Zeitungspolemiken ferngehalten würden.

Giesberts, der Tapfere, verucht zu kneifen. Er denkt nicht daran, die jesuitischen Annahmen bezüglich der Stellung der christlichen Gewerkschaften unter die Vornahme der Kirche zurückzuweisen — weil er sie als Zentrumsmann, als Katholikentagsredner, als waschechter Ultramontaner nicht zurückweisen darf. Deshalb rückt ihm Peisch, der seiner Sache sicher ist, näher auf den Pelz. Er stellt (Kölnerische Volkszeitung Nr. 948 vom 4. November) zunächst mit Bedauern fest, daß Herr Giesberts nicht auf eine Erörterung der Prinzipien eingegangen ist, dann meint er, der von Giesberts betonte wirtschaftliche Charakter der christlichen Gewerkschaften und deren Recht auf Selbständigkeit in Führung und Organisation könne nicht bestritten werden, aber:

„Erig und praktisch verderblich ist jene sittliche Selbständigkeit, die als „Unabhängigkeit“ sich geltend machen will. Die Gewerkschaftsbewegung bleibt abhängig vom göttlichen Sittengeiste nicht nur, sondern abhängig auch von der kirchlichen Autorität, und zwar von der kirchlichen Autorität als Interpretin des göttlichen Sittengeistes, abhängig von dem kirchlichen Hirtenamt, das vor einer Organisationsform warnen kann, die in religiös-sittlicher Hinsicht nach dem Urteil der Träger der kirchlichen Autorität zu Bedenken Anlass gibt.“

Gegenüber dem Hinweis Giesberts auf die praktischen, wirtschaftlichen und materiellen Erfolge der christlichen Gewerkschaften bewirkt Peisch, derartiges Beweise noch keineswegs, daß durch die Organisationen „neine Güter höherer Ordnung gefährdet werden können, und wenn die Interkonfessionalität sich auch auf die Grundätze (Zurückweisung der kirchlichen Autorität) erstreckt, tatsächlich geächtigt werden müssen.“

Auch jetzt noch findet Herr Giesberts in seiner Antwort nicht den Mut einen klaren entchiedenen Meinungsausdruck; er findet es unverständlich, wie Peisch zu der Meinung kommen könne, die christlichen Gewerkschaften dehnten ihre Interkonfessionalität auch auf die Grundätze aus oder sie beanspruchten eine Unabhängigkeit vom göttlichen Sittengeiste und der kirchlichen Autorität. Peisch fühlt sich überlegen genug, derartige Ausführungen nicht gelten zu lassen, sondern auf eine klipp und klare Antwort zu dringen. Er hebt (Kölnerische Volkszeitung Nr. 983 vom 16. November) noch einmal hervor, worauf es ankommt. In Zürich sei gefragt worden, die christlichen Gewerkschaften hätten es mit rein wirtschaftlichen Dingen zu tun und solche gingen Papst und Bischof nichts an. Darauf heißt es:

„Es ist die alte bekannte Beweisführung, die den Glauben der kirchlichen Autorität auf die christliche Gewerkschaftsbewegung als ungültig erweisen soll. Ich will hier nicht noch einmal ausführlich zeigen, wie irrig diese Beweisführung ist, da das gewerkschaftliche Streben nach Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, wie diese Verhältnisse in sich selbst, durchaus nicht rein wirtschaftlicher Art sind, sondern auch sittlichen Rücksichten unterliegen. Herr Giesberts gibt das zu. Er wird also auch nicht bestreiten, daß der katholische Christ sich nicht damit begnügen darf, zu sagen: ich beobachte die zehn Gebote Gottes, die fünf Gebote der Kirche. Er erkennt das Recht der kirchlichen Autorität an, diese Gebote auszulegen und auf die praktischen Verhältnisse, also

auch auf die gennetischen Schreibungen, angewandten. Wie aber der Herr Giesberts mit überredet gefallen, noch auf ein weiteres, in unserer Frage hochbedeutendes Recht der katholischen Autorität hinzuweisen? Es steht dem katholischen Hirtenamt zu, vor Organisationen zu warnen, welche entweder von der rechten Seite in religiöser Hinsicht abgewichen sind, oder, nach dem Urteil des Urteils des katholischen Hirtenamtes, wiederum in religiöser Hinsicht, die nötigen Garantien nicht oder nicht mehr bieten. Das kleine Frage rein wirtschaftlicher, sondern eine Frage religiöser Art. Durch all dieses beansprucht die katholische Autorität für sich oder ihre Organe keinenweg die direkte und positive Leitung und Vorherrschaft im Verbänden, die einen wirtschaftlichen Charakter haben, mische sich nicht in Spezialfragen der inneren Organisationen ein, übernimmt keine Verantwortung für deren Betätigung, bestimmt sie vielmehr aus die die Kraft des Hirtenamtes zustehende religiöse Leitung der katholischen Christen."

Wenn nun, so meint Posch, die christlichen Gewerkschaften diese "sichereren Grundsätze" anerkennen wollen, dann müssten sie die in Ahrlich ausgesprochene Abwendung der päpstlichen und bischöflichen Autorität als prinzipiell unhalbar und verschärflich anerkennen, dann müssten sie die Fürther These nicht bloß der Form nach bedauern, sondern auch ihrem Inhalt nach klipp und klar zurücknehmen. Endlich ersucht er die christlichen Gewerkschaften, sie möchten darauf verzichten, die Interkonfessionnalität als das einzige richtige in der Organisationsfrage zu betrachten. Das seien die beiden Wurzelbedingungen zu einer Beseitigung der sozialen Spaltung im katholischen Deutschland.

In einem sechs Spalten langen Artikel (Kölnerische Volkszeitung Nr. 1020 vom 28. November) bemüht sich nun Herr Giesberts zunächst um den Nachweis, was die christlichen Gewerkschaften für die Festigung und Verbreitung der katholischen Überzeugung unter den Arbeitern getan hätten; wie in dieser Beziehung sich die Verhältnisse geändert hätten, davon könne sich nur der einen Begriff machen, der die bedauernswerte Lage der christlichen Arbeiter gegenüber der sozialdemokratischen Agitation in früheren Zeiten gekannt habe. Die antisozialistische Propaganda ist nach Herrn Giesberts offenbar ein "Verdienst" der christlichen Gewerkschaften, das vieles andere, was sie in den Augen der Bischöfe verdächtig macht, wieder ausgleichen soll. Im übrigen läßt die Erwiderung Giesberts' erkennen, daß er im Grunde mit dem Jesuiten ein Herz und eine Seele ist und nur Bedenken trägt, es offen auszusprechen. Er sagt nicht, daß die christlichen Gewerkschaften sich unter die Vorherrschaft der Kirche stellen sollen, aber er hat das „Vertrauen zu den hochv. bischöflichen Behörden, daß sie Mittel und Wege finden würden, die katholischen Arbeiter an ihre Pflichten zu erinnern, wenn die christlichen Gewerkschaften Lendenzen zeigten, die gegen die Glaubens- und Sittenlehre unserer heiligen katholischen Kirche verstößen".

Herr Giesberts hält es auch nicht für nötig, daß die christlichen Gewerkschaften die "Fürther These" zuzuehmen, denn, wie er sagt, gibt es eine solche "These" (Lehrfahrt, Erklärung, Beschluß) gar nicht, es habe sich in Zürich mit um eine "unverbindliche Ausprache" gehandelt, die nicht für die Öffentlichkeit bestimmt gewesen sei; im übrigen seien die "gerügten Auszüge" einiger Redner" bereits öffentlich bedauert und zurückgenommen worden.

Herr Giesberts läßt auch bezüglich der Interkonfessionnalität mit sich reden. Die christlichen Gewerkschaften haben aus der Interkonfessionnalität, so erklärt er, nur ein "ideales Prinzip" gemacht, sie ist ihnen in der Gewerkschaftsbewegung eine Frage der Zweckmäßigkeit, des praktischen Erfolges — wie man ja auch weiß, daß die christlichen Gewerkschaftspolitiker in der Dienstboten- und Landarbeiterfrage die Interkonfessionnalität der Organisation selber schon prägegeben haben.

Man sieht: der Geist, der die Interessen der Kirche vertritt, und der Arbeitersführer, der die Interessen der Arbeiter vertreten sollte, sind sich im Grunde eins. Herr Giesberts drückt sich zwar an einer Stelle und einer Stellungnahme vorbei, denn er weiß, ein großer Teil der Mitglieder der christlichen Gewerkschaften denkt anders, momentan würden sich die evangelischen Mitglieder davor bedauern, einer Organisation anzugehören, die sich offen und ehrlich unter die Vorherrschaft der römisch-katholischen Bischöfe stellt. Deshalb steht auch das Generalsekretariat oder der Ausschuß des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften davon ab, hier ein entschiedendes Wort zu sprechen; Herr Giesberts, der sich als Diplomat fühlt, muß heraus, um unter einem Schuhputz von Redensarten, von denen die eine die andere verjüngt, den christlichen Arbeitern gegenüber die Gewerkschaftsorganisation zu teilen, und andererseits denjenigen Vertreter der bischöflichen Autorität zu versichern, daß sie im Grunde einer Meinung seien.

Diese nette Ansehnungsfeier beweist wieder einmal, was es mit der "Selbständigkeit" und "Unabhängigkeit" der christlichen Gewerkschaften auf sich hat. Sie sind die eingeborenen Kinder des Zentraums und der römischen Kirche, der beiden Eltern des Clemensius, der beiden Hauptmaiden der katholischen Arbeitersbewegung.

Zum Verständnis der Medaillenkunst.

Der Joseph Zug (Dresden).

Das Bezeichnungs für die Kunst in der Medaille zeigt dass der Grund für technischen Fortschritt erachtet, wenn man den Weg zur Unterordnung der handwerklichen Methoden findet will.

Die Bedeutung — das Stempel — jeder Prägeung ist der Stempel (Stempel, Prägeplatte). Der Stempel ist ein sehr schwere, teilweise, teilweise schweres geprägtes Eisenstück, das herzt, einen Stempel oder zwei möglichst unterschieden Stücke, auf denen eine Seite der Stempel — die Gedenke — je angebracht ist, die zweite Seite des Stempels oder Platten auf einer anderen Seite des Stempels leicht überlegen lassen kann.

Die Qualität der Stempel äußert sich in einer Seite in ihrer Stempelqualität gegen zwei und drei. Daraus kann jedoch in anderer Zeit das Zeugnis der Prägeplattengießer (Prägeplatte) daraus entstehen, dass bestimmte Reihen eine hohe Qualität zeigen zu geben.

Der Stempel mit „Pausen und Rauten“ hat die älteste Form des Stempels. Der Stempel erhält seine der Form folgt, aus dem Stempel, den Stempel, gelegtes Plättchen (der Gussplatte) wird durch die mittlere eines Pausen und des Übersetzen geprägte Seite auf der Stempel und den Stempel eingeschoben.

Der Stempel mit „Pausen und Rauten“ hat die älteste Form des Stempels. Der Stempel erhält seine der Form folgt, aus dem Stempel, den Stempel, gelegtes Plättchen (der Gussplatte) wird durch die mittlere eines Pausen und des Übersetzen geprägte Seite auf der Stempel und den Stempel eingeschoben.

Wirtschaftliche Rundschau.

Das Elektrofach ist die Welt mit der Nachricht übertragen, daß es zu beobachten aufgeführt habe. Das unklare Geschäftsgeschehen dieser Kartellgemeinschaft, der die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft, Siemens & Halske-Schuckert, und West & Guilleaume-Lahmeyer-Werke angehören, hatte die Presse vor einigen Monaten mit Unmöglichkeit vorurtheilt, es ist daher von einigen Blättern jetzt die Meldung, daß das Kartell wieder heimlich noch offen besteht, als ein Erfolg der Kritik begrüßt worden. Gernlich wird aber wohl niemand glauben, daß die drei Elektrofachgesellschaften sich von der Verantwortlichkeit ihres Tun's überzeugen ließen und auseinandergegangen, um der öffentlichen Meinung zu genügen. Wäre die Auflösung des Kartells wirklich erfolgt, was wir noch beweisen, so würde es bestärkt mit die Erklärung, daß die Unternehmen zwischen den West & Guilleaume - Lahmeyer - Werken und den beiden anderen Gruppen die Lösung herbeiführt haben. Noch bevor die hier mehrfach besprochene Elektrobank der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft und Siemens & Halske gegründet worden war, trat die Aktiengesellschaft West & Guilleaume-Lahmeyer mit der Erklärung hervor, daß auch sie eine Elektrobank gründe, und zwar ohne Mitwirkung der Bantens. Die Mittel sollen aus den Kreisen der Großaktionäre ausgebracht werden, in Aussicht wurde ferner eine Erhöhung des Aktienkapitals um 10 Millionen M. gestellt. Mit der Nichtbeteiligung der West & Guilleaume - Lahmeyer - Werke an der Elektrobank der beiden anderen Konzerne dürften sich auch innerhalb des Elektrofachs die Gegenläufe zugespielt haben.

Alljährlich waren auf die Ausschreibung einer Uniformerauslage für den Hauptbahnhof in Frankfurt a. Main die Offeren von 5 Firmen eingelaufen. Die Siemens-Schuckert-Werke in Berlin forderten circa 116000 M., die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft und Siemens & Halske gegründet worden war, trat die Aktiengesellschaft West & Guilleaume-Lahmeyer auf 98000 M., die Aktiengesellschaft Brown, Boveri & Co. in Mannheim auf 124000 M., die Elektrizitäts-Aktien-Gesellschaft vorw. W. Lahmeyer & Co. in Frankfurt a. Main auf 129000 M., die Aktien-Gesellschaft Einh. & Heinrich Geiss in Köln auf 115200 M. Die abweichenden Forderungen der Siemenswerke, der A. E. G. und der Lahmeyer-Gesellschaft ließen den Schluss zu, daß es sich hier wieder um eine sorgfältig abgestufte Kartellstruktur handele, ein Handelsblatt gab dieser Meinung dann auch Ausdruck. Diese Gelegenheit benutzten die Siemens-Schuckert-Werke zu der Feststellung, daß das Kartell bereits der Geschichte angehört. Ist der Schußvertrag mit den Lahmeyerwerken nun wirklich gelöst worden, so ist das Verhältnis der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft-Lahmeyer-Union mit Siemens & Halske-Schuckert um so intimer geworden. In der letzten Generalversammlung der A. E. G. bemerkte der Generaldirektor Rathenau, daß die Gesellschaft sich im Verein mit den Siemens-Schuckert-Werken an den Vorarbeiten für die Schnellbahnenprojekte beteiligt habe, das Ueberkommen zwischen den beiden Gruppen geht noch unserer Kenntnis aber wesentlich weiter als diese Bemerkung vermuten läßt.

Dem Abschluß der A. E. G. ist der der Siemens & Halske-Aktien-Gesellschaft gefolgt, er weist wie der der A. E. G. ein außerordentlich günstiges Ergebnis auf. Der Reingewinn ist von 8717368 M. auf 9688263 M. gestiegen, es wird wieder eine Dividende von 11 Prozent zur Verteilung gelangen. Der Gesamtbeitrag der im laufenden Jahre bisher eingegangenen Bestellungen übersteigt, wie die Verwaltung weiter mitteilt, den der gleichen Periode des Vorjahres um ein beträchtliches, und die Werke sind bis auf einzelne Abteilungen mit Aufträgen reichlich verjähren. Die Siemens-Schuckert-Werke, G. m. b. H. in Berlin, haben nach den bisher veröffentlichten Abschlußzahlen einen Steingewinn von 10194910 M. gegen 10168331 M. im Vorjahr erzielt. Die Abschreibungen und Rückstellungen werden dabei als rechtlich bezeichnet. Über das laufende Geschäftsjahr wurde berichtet, daß die bisher eingegangenen Bestellungen höher als die der gleichen Vorjahreszeit sind. Die Siemens-Schuckert-Werke haben in den letzten Tagen die Protos G. m. b. H. mit ihrem geplanten Vorrat an Werkzeugmaschinen und Werkzeugen, Modellen, Zeichnungen, an fertigen und halbfertigen Automobilen sowie einschließlich Rohmaterial komplett erworben. Die Protoswagen werden häufig in dem Automobilwerk am Konsolidatum fabriziert werden. — Die Aktiengesellschaft B. & H. Boveri & Co. teilte ausführlich über die Ausgaben mit, daß die vorliegenden Abschläge den Zukunft der Gesellschaft auch für das laufende Jahr volle Befriedigung führen. — Die Elektrofach vorw. J. Berliner in Hamm habe in ihrem Geschäftsbericht hervor, daß trotz der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse ihr Umsatz gegenüber dem Vorjahr um zirka 30 Prozent gestiegen ist. Der Betriebs-Ergebnisgewinn hat sich von 81359052 M. auf 1161474 M. erhöht, die Abschreibungen erfolgten mit 135000 M. gegen zirka 72000 M. im Vorjahr, der Steingewinn beträgt 446956 M. gegen 414534 M. im Vorjahr, die Dividende wird wieder mit 10 Prozent verteilt. Die Umsätze des Aufbaus beschäftigt diesmal 2478 M. gegen 13368 M. im Vorjahr, die Auslieferungen haben sich also fast verdoppelt.

Wir haben bisher eingehend vorgelegt, warum heute in den großen Schiffbauunternehmen sich die Folgen der Krise weniger bemerkbar machen als in anderen Industrien. Die außerordentliche Auf der Stempelherstellung auf den neuen Gebieten ist bewies-

der neue Zustand der Kohlenproduktion. Der regelmäßige Aufschwung des Braunkohle markt im Oktober zur 100-110 Preisen der Verteilung auf, während die Röhre in diesen Jahren die Quoten zwischen 80% und 90,00 Preisen besitzt. Der Röhre ist mit ordnungsgemäß 300000 Tonnen auf einen festen Stand gesunken, wie er seit November 1905 nicht zu verzeichnen war. Gerner wird konstatiert, daß die Verschärfung unverhohlen fortduert, zeitweise sogar noch eine Verschärfung erfahren hat. Das Syndikat hat die Röhrepreise für Hochkohle um 2 M., für Niederkohle um 1,50 M. pro Tonne herabgesetzt, und zwar gelten die neuen Preise ab 1. Januar 1909 bis 30. September 1910. Die Preise für die übrigen Kohlenarten werden erst vom 1. April 1909 an um 25 M. bis 1 M. pro Tonne ermäßigt, die Preise für gebogene Kohlenarten bleiben unverändert bestehen. Nennenswerte Preisermäßigungen sind also nur für Röhre gewährt worden, die wenigen anderen Herstellerungen, die dazu erst ab 1. April Geltung erhalten, sind außerst minimal. Die Annahme, daß die ermäßigten Röhre- und Kohlenpreise der Eisenindustrie Veranlassung zu verstärkten Beziehungen geben würden, hat sich nicht bestätigt. Die Lage der Eisenindustrie ist noch ungünstiger geworden. Die Kohlenpreisermäßigungen, so sagt selbst die Röhrezeitung, sind ungünstig, die Zurückdrängung der reinen Hochöfenwerke vom Markt durch die großen gemischten Werke werde ebenso fortgesetzt werden, wie die Zurückdrängung der reinen Walzwerke durch dieselbe Werkgruppe. Bei einer Preisanhebung von 87,50 M. pro Tonne für vorgetriebene Blöde und 25 M. Kosten für die Umwandlung der Blöde zu Stäben ergebe sich ein Stabessatz von 112,50 M., während tatsächlich ein großer Teil der Erzeugung heute bereits zu einem Preis erheblich unter 100 M. verkauft wird. Der Stahlwerksverband, der für Frankreich endlich eine Ermäßigung von 5 M. pro Tonne erzielten ließ, erklärte, eine Verbilligung des Halbzeugpreises nicht vornehmen zu können, da die Herstellungskosten für Halbzeug teilweise niedriger sind als die Selbstkosten der Werke. Diese Behauptung ist hofflos, soweit es sich um die Halbzeugpreise des Inlandes handelt, abgesehen davon, daß die Selbstkostenberechnungen der großen Mitglieder des Stahlwerksverbandes auch dadurch täuschen, daß sie die Rohmaterialien zu den Preisen berechnen, die durch ihren beherrschenden Kartelle den Abnehmern vorschreiben, während sie doch ihre Rohmaterialien selbst gewinnen. Das Ausland hat deutsches Halbzeug zu Preisen, die 25 bis 30 M. pro Tonne niedriger waren als die dem Inland aufgezwungenen, in großen Quantitäten erhalten. In den 10 Monaten dieses Jahres betrug der Halbzeugexport 378514 Tonnen gegen 179600 Tonnen in der gleichen Zeit des Vorjahrs.

Über die Gestaltung der Geschäftslage bei dem Stahlwerksverband im November verlautet, daß der Versand nur etwa 360000 Tonnen betragen habe, damit wäre wieder eine der niedrigsten Verandszfäste erreicht. Im November belief sich der Versand auf zirka 410000 Tonnen.

Die Roheisenproduktion Deutschlands im November betrug insgesamt 930738 Tonnen gegen 941582 Tonnen im Oktober 1908 und 1112285 Tonnen im November 1907. Während der Monate Januar bis November stellte sich die Erzeugung auf 10796985 Tonnen gegen 11939385 Tonnen in der gleichen Zeit des Vorjahrs.

Die Schiffbauindustrie, die durch die Krise schon so überaus stark in Misereinschaft gezogen worden ist, wird durch Pläne der Großschiffahrtsgesellschaften in ihrer weiteren Entwicklung schwer bedroht. Zur Hebung des Reedereigeschäfts macht jetzt der Generaldirektor einiger Schiffahrtsgesellschaften, Herr Johannes Roth, den Vorschlag, den Bau neuer Schiffe zu beschranken. Er schlägt vor, daß die deutsche und englische Reederei mit einem Teil der Werften ihrer Länder und jedenfalls mit solchen, die speziell Raumpumpen herstellen, Abmachungen treffen soll, dahin gehend, daß diese Werften verpflichtet werden, während eines Jahres oder mehreren Jahre nur Bauordnungen für verlorene geangene Schiffe anzunehmen. Für den Aufschwung müßte die Gesamtheit der Reeder die Werften durch andere Arbeitsaufweisung oder Dividendenengagement entzögeln. Herr Roth meint, daß die Werften seinen Vorschlag gern annehmen würden, der natürlich darauf hinausläuft, die Konkurrenz der Kompaniere zu erdrücken. Räume ein solches Abkommen zwischen den großen Schiffahrtsgesellschaften und den Werften zuhande, dann würden die beteiligten Arbeiter, die sich der Arbeitsmöglichkeit weiter verneint seien, allein die Leidtragenden.

Die Aktiengesellschaft Friedr. Krupp in Essen hat ihren Jahresbericht veröffentlicht, nach dem der Steingewinn sich auf 18539052 M. beläuft gegen 2505985 M. im Vorjahr. Die diesjährige Dividende wurde auf 8 Prozent festgesetzt, während sie im Vorjahr 10 Prozent betragen hatte. Daß der Konjunkturunterschlag auf die Kruppschen Unternehmungen nicht ohne Einfluß bleibt, war wohl anzunehmen, doch ob der Rückgang des Gewinnes wirklich den Umfang angenommen hat, den die veröffentlichten Bilanzzahlen ergeben, ist fraglich, doch sehr schwer zu beurteilen, denn es fehlen alle detaillierten Angaben, so über Umsatz, Produktion, Neuverkäufe, Erweiterungen, vor allem enthalten die Firmen die Höhe der Abschreibungen der Deutlichkeit weiter einzuschätzen in den Kruppschen Betrieben.

Und technische Originalität verloren und die geringe Schönheit der heutigen Prägeungen haben darin ihre Ursache. Der heutige Medaillenkunst schneidet den Stempel nicht mehr selbst. Er holt sie seine Medaillen in großem Format in Wachs und läßt sie durch die sogenannte Reduktionsmaschine im verkleinerten Maßstab mechanisch auf den Stiel auftragen; sie ist nicht mehr Originalwert, sondern eine maschinelle Reproduktion. Sie hat alles handschriftliche Verluste verloren. Sie ist zu jenen glatten, kleinen und monotonen Maschinenprodukten geworden und verdient in der Regel die Verachtung, die sie heute findet. Der Vergleich einer alten Medaille mit dem, was neuerdings gemacht wurde, wird den Unterschied klar machen. Die Wiederbelebung der Liebe zur Medaillenkunst hängt nur davon ab, daß einmal wieder ein Künstler kommt, der nicht, wie dies heute allgemein geschieht, Reproduktionen im verkleinerten Maßstab schafft, sondern echte Medaillen schneidet, wie sie früher entstanden sind.

Die jüngst bei verschiedenen Auktionen verteilten Medaillen sind leider nicht geeignet, das Verständnis und die Liebe für die Medaillenkunst zu wecken. Die heutigen Medaillen sind süßliches Prägebild, das die Figuren genau zu sehen, müßte man sich der Lupe bedienen, eine Kleinlichkeit der Ausführung, die beim Medaillenjunktion in der Originalgröße niemals vorkommen könnte. Alles handschriftliche fehlt. Neben dem technischen Moment ist es die künstlerische Förderung, daß sie dem Geist der eigenen Zeit Ausdruck gibt, wie etwa der Holzschnitt oder die Radierung tun, die der Medaille künstlerisch verwandt, Symbol und künstlerisches Spiegelbild der geistigen Phantasie und der jeweiligen Gegenwart bilden.

Die heimliche Metallwaren- und Materialfirma: Sie besteht in Solingen bei von der zürcherischen Regierung in den letzten Tagen den Befehl auf Lieferung von Gegenwähr für die militärische Waffen zum Preise von rund 6 Millionen M. erhalten. Gleichzeitig mit diesem Befehl wurde ihr auch die Lieferung von Munitionsmaterial zum Preise von 2½ Millionen M. erteilt. Wegen weiterer Lieferungen im Kriegsmaterial soll die Gesellschaft noch in Unterhandlungen stehen.

Im Maschinenbau hat sich die Situation vielfach weiter verschlechtert, der Nachfrage von Nebenstädten hat, wie die Gäste erkennen läßt, gerade hier beträchtlich zugenommen. Die **Werkmeister-Maschinenbau-Aktiengesellschaft Schwockhoff** kann für das verflossene Geschäftsjahr nichtsdestoweniger 15 Prozent Dividende gegen 14 Prozent im Vorjahr zur Verteilung bringen. In der Generalversammlung wurde berichtet, daß der Auftragsbestand sich auf 22½ Millionen M. belief. In welcher Summe der Anteil der Gesellschaft an der Herstellungsvergebung der Preußischen Staatsseisenbahnverwaltung aber nicht einbeziffen ist. Der Befehl aus dieser Vergebung, so äußerte sich der Vorstand, ist leider noch nicht erteilt worden, trotzdem seit dem Osterabgabetermin, dem 9. Oktober, schon völle zwei Monate verstrichen sind. Er erklärte weiter, daß eine größere Zahl von Arbeitern entlassen werden müsse, falls diese Bestellung jetzt nicht schnellstens erfolge. Unter Hinzurechnung des zu erwartenden Wertes der in Frage stehenden Begebung stellt sich der Auftragsbestand einschließlich der aus dem Vorjahr übernommenen unerledigten Bestellungen auf etwas über 27 Millionen M. gegen rund über 31 Millionen M. um die gleiche Zeit des Vorjahrs. Zur allgemeinen Geschäftslage wird bemerkt, daß, abgesehen von einzelnen Spezialitäten, der Konkurrenzkampf zurzeit ein äußerst scharfer ist. — In der Generalversammlung der Aktiengesellschaft **Erckner & Co.** in Leipzig wurde berichtet, daß der Betrieb eingang im neuen Geschäftsjahr um 10 bis 15 Prozent nachgelassen habe. — Die **Hannoversche Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft vom Georg Egestorff** teilt mit, daß der Gesamtvertrag der Ende Oktober 1908 vorliegenden Auktionen, einschließlich der im laufenden Geschäftsjahr fakturierten, sich auf circa 25 Millionen M. beläuft und der Gesellschaft für das laufende Jahr und darüber hinaus volle Beschäftigung sichert. — Die **Haase'sche Werke zu Südbeland und Borges** schließen mit einer Umlaufsumme von 428 949 M. ab, während im Vorjahr ein Gewinn von 33 310 M. ergizt wurde. In dem Bericht wird bemerkt, daß das unerfreuliche Ergebnis in erster Linie durch die Arbeitsausfälle auf den Werken in Blankenburg, Börde und Sangerhausen herbeigeführt wurde. Mit einem erheblichen Verlust schloß die **Maschinenfabrik**. Die Apparate haben das Versprochene nicht geleistet. Die Abwidlung der getätigten Verkäufe gestaltete sich dadurch sehr schwierig und waren nur unter großen Geldopfern möglich. Insolitzen ist die Herstellung dieser Trockenapparate eingestellt worden. Dieser Bilanz der Scharfmacherpolitik fügt die Verwaltung die Bemerkung hinzu, daß allmählich befriedigende Ergebnisse erzielt werden dürften, wenn das Unternehmen für die Folge von weiteren Arbeiterbewegungen verschont bleibe.

Organisation und Betrieb der Industrieunternehmung.

Die Fabrikorganisation des industriellen Großbetriebes gliedert sich in zwei Gebiete, in die Organisation der Verwaltungsarbeit und in die Organisation der Werkstättenarbeit. Nebenbei hat der Betrieb eine zentralistische Verfassung erhalten, instanzentweile abgespult laufen die Fäden der Leitung in die Hände eines Mannes zusammen. An der Spitze des Ganzen thront der Fabrikherr, ist es eine Aktiengesellschaft, der "Gründer" als Generaldirektor. In diesem Fall ist die anonyme Instanz über ihm die Generalversammlung der Aktionäre, das Parlament, das die Gelder zu bewilligen hat und das in schwierigeren Situationen vom verantwortlichen Leiter ebenso geschickt mit Schaumzögereien hinter das Licht geführt wird, wie es in politischen Parlamenten geschieht. Der Generaldirektor hat seine Subdirektoren, industriellen Geheimräte, die ihm gegenüber für das ihnen unterstellte Ressort verantwortlich sind. In jedem Ressort steht eine sorgfältig abgegrenzte Rangstufenordnung von den ersten Ingenieuren, Kaufleuten, Betriebsführern hinunter bis zum letzten Schreiber oder Zeichner.

Ebenso wie in der Verwaltung ist auch in der Produktion selbst das zentralistische Prinzip durchgeführt worden. An der Spitze steht der Werkstättendirektor. Wenn er auch selbst nur Angestellter ist, so gilt er doch als Selbstherreher in seinem Reich, über sich den Generaldirektor, unter sich ein ganzes Heer von Angestellten und Arbeitern.

In der Praxis hat sich nun für die Organisation der Verwaltung ein bestimmtes Schema herausgebildet, das wohl je nach Art der Unternehmung in Einzelheiten voneinander abweicht, im Prinzip aber immer auf dasselbe hinausläuft. Ob es sich nun um eine Schiffswerft handelt oder um eine Strohputzfabrik, um eine Elektrizitätswerkstatt oder um eine Schuhfabrik, immer wird der Verwaltungsförster aus drei Ressorts bestehen: der technischen Abteilung, der kaufmännischen Abteilung und der Betriebsleitung als eigentlichen Werkstattführung.

Die technische Abteilung hat die konstruktiven Arbeiten auszuführen, neue Konstruktionen der Fabrikate zu liefern oder Verbesserungen an Werkzeugmaschinen und Herstellungsmethoden auszuarbeiten. Die kaufmännische Abteilung hat den Materialeinkauf zu erledigen, die Materialien zu verwahren, kaufmännisch zu berechnen und die Verkaufsgefäße in den Büros zu führen. Die Werkstättendirektion hat die Führung der eigentlichen Fabrikation. Zwischen diese Ressorts und der Generaldirektion drängt sich noch eine besondere Abteilung, die Verkaufsorganisation, auf die wir in einem besonderen Artikel noch zu sprechen kommen. Um diese Einteilung sich bildlich zu veranschaulichen, sei folgendes Schema hier wiedergegeben:

Direktion

I
Verkaufsorganisation
Preislistenausarbeitung
Reklamebüro
Reisevertreterorganisation

Technische Abteilung
Konstruktionsabteilung
Laboratorium und Prüfung
Technische Korrespondenz
Kalkulation

Kaufmännische Abteilung
Materialeinkauf
Buchhaltung
Rasse
Correspondenz
Magazin
Expedition

Betrieb

a) Betriebschreiberei
Sohnabrechnung
Materialbeschaffung

b) Werkstätten
Bohrerei | Schmiede | Malerei u. s. w.
Dreherei | Lüscherei | Montagewerkstatt
Revision

Charakteristisch für den modernen Betrieb ist die Verdichtung, die nicht nur die Sonderbeiträge in einfache monetäre Mengenbetriffe bringt, sondern auch die zeitige Arbeit in eine Menge Qualitätsunterschiede aufteilt. Auch für jeden Arbeiter wird das Arbeitsgebiet genau vorgezeichnet und genau abgegrenzt.

Der Techniker ist heute nur noch Spezialist auf irgend einem Sondergebiet geworden. Ein Arbeiter hat er als Konstrukteur sein geistige Entwürfe auszuarbeiten oder als Laboratoriumsingenieur die Fabrikate zu prüfen, als Betriebsleiter die Werkstätten zu bearbeiten, als Verwaltungingenieur die technische Korrespondenz zu führen und als Vertreter mit den Kunden zu verhandeln. Ebenso ist der Kaufmann heute nur noch ein einfacher Schreiber, er hat nur braucht Jahren nur immer in dem gleichen Bureau und hat nur eine bestimmte Arbeit zu erledigen. Im Magazin hat er ein bestimmtes Lagerbuch zu führen, in der Buchhaltung ein bestimmtes Konto in Ordnung zu halten, in der Expedition immer die gleichen Rechnungen und Frachtabreise auszuwickeln.

Auch dem Werkmeister sind in Laufe der Zeit alle wirklich leitenden Funktionen abgenommen worden. Er bekommt die fertigen Konstruktionen für ein neues Fabrikat vom Konstruktionsbüro, die Werkzeuge und Arbeitsmaschinen werden ihm geliefert, die Arbeitsmethoden angegeben, oft sogar detailliert von der Betriebsleitung die einzelnen Auktionspreise vorgeschrieben. Seine Funktion beschränkt sich auf die Beaufsichtigung der Arbeiter und auf die richtige Verteilung der Arbeiten, damit die Lieferungstermine innerhalb der Wertschöpfung sich auf 27 Millionen M. begrenzen.

Diese Arbeitsteilung war notwendig, je größer der Betrieb, je verwickelter die einzelnen Funktionen wurden. Auch hier hat sich der amerikanische Einfluß gezeigt, der den deutschen Unternehmern die Lehre beibrachte: Je mehr ein Mensch in seiner Arbeit zur Maschine wird, desto mehr kann er in der Quantität leisten.

Grodezu raffiniert sind die Methoden, durch die ein Kontrollsystem der Arbeit eingeführt wird. Beim Arbeiter hat man durch die Verbindung von Arbeitsteilung und Auktionsleistung einen zuverlässigen Weg der Kontrolle in der qualitativen Arbeitsleistung gefunden. Ein Fräser, der in einer Maschinenfabrik bestimmte Arbeitsschritte nach bestimmten Vorschriften zu fräsen hat, wird vom nächstfolgenden Zellarschreiber, zum Beispiel vom Bohrer, kontrolliert. Die Arbeitsschritte müssen genau in die Bohrlöcher passen, sonst muß sie der Arbeiter zurücksetzen, ebenso muß zum Schluss der Monteur die Einzelteile zurückweisen, wenn sie fehlerhaft ausgeführt sind. Die Auktions sind so genau berechnet, daß nur bei normaler Arbeitsweise der notwendige Stundenverdienst erreicht werden kann.

Eine ähnliche Arbeitskontrolle ist auch bei den Angestellten durchgeführt. Jeder Angestellte hat sein bestimmtes Pensum nach seiner genauen Dienstvorschrift zu erledigen. Wehe, wenn ein Angestellter einen Arbeitsfehler, der in einem anderen Bureau gemacht wurde, durchgehen läßt, er macht sich dadurch mitschuldig und wird in dem Falle, daß das Versehen doch ans Tageslicht kommt, mit zur Verantwortung gezogen. Deshalb findet sich unter den Angestellten recht häufig jenes Ungeheuer, durch das besonders strenge Leute sich bei der Direktion in ein gutes Licht zu setzen suchen. Ein Ressort steht immer mit dem andern auf dem Kriegsschiff. So herrscht zwischen Konstrukteur und Betriebsleiter in diesen Fällen ein sehr gespanntes Verhältnis, bei Differenzen vor der Direktion sucht der Betriebsleiter sich mit Konstruktionsfehlern herauszureden, dagegen möchte der Konstruktionschef die Schuld der Fabrikation in die Schuhe schieben. Der Werkmeister betrachtet seinen Kollegen als seinen Konkurrenten, den er durch Unterbietung der Auktionspreise für ähnliche Arbeiten zu übertrumpfen sucht. Der Kaufmann eines Rechnungsbüros empfindet es als eine Verstüding, seinem Chef einen Fehler melden zu können, den der Kaufmann eines Materialeinkaufsbüros gemacht hat. Kurz, im Betrieb herrscht fortwährend Drängen und Eifersüchte unter den Beamten.

Aber diese moderne Organisation der Verwaltungsarbeit im Großbetrieb hat auch soziale Folgen gehabt. Der große Gegenzahl zwischen Handarbeit und Kopfarbeit, der früher eine große Rolle gespielt hat, wird heute ausgeglichen. An das Wissen und die Bildung des Kopfarbeiters werden oft weniger Anforderungen gestellt als an den hochqualifizierten Handarbeiter, die Gehalte, die diese Proletarbeiter bezahlen, geben die Quittung dafür, wie hoch der Unternehmer ihre Arbeitskraft einschätzt. Früher war der Angestellte ein Mittelsmann, der infolge seiner Bildung und seiner sozialen Stellung zwischen Unternehmer und Arbeiter stand, heute ist er ebenfalls auf die Stufe des Arbeiters gedrückt worden. Die Fortbildung der realen Verhältnisse spiegelt sich nicht immer in den Anstrengungen des Menschen klar wieder, die von dieser Entwicklung betroffen werden; wenn heute der Angestellte diesen Proletarisierungsprozeß nicht eingehen will, so träumt er eben von Zuständen, die längst vorüber sind. Allerdings macht sich jetzt unter den Angestellten eine radikalere Bewegung bemerkbar, über die wir schon früher berichtet haben, es ist der Grund der technisch-industriellen Beamten, der mit der Selbstäusserung über die wirtschaftliche Lage der Kopfarbeiter aufzurufen will. Als Technikerorganisation ist dieser Bund die erste Angestelltengewerkschaft, die bemüht und konsequent den Gewerkschaftskampf mit den Unternehmern führen will. Deshalb war es nur der Selbstverhältnisstreit, der hervorgerufen hat, daß die bürgerlichen Scharfmacher sich diese unerwünschte Gegnerhälfte vom Hallo halten wollen. Natürlich kann die schwäbige Unternehmenspolitik an dieser Entwicklung nichts ändern, der Unternehmer hat sich selbst durch seine moderne Fabrikorganisation auch diese Proletarierarmee herangebildet, die über kurz oder lang im Unternehmer ihren wirtschaftlichen Gegner erkennen lernt.

Ein Reichslügenverbandsgeneralen miniature und seine Schutztruppen.

Woher an keinem Ort in Deutschland hat die Krise so hart eingesetzt wie in Solingen. Fabrikanten und Arbeiter, die auf eine mehr als dreißigjährige Tätigkeit zurückblicken, können sich einerseits schlechten Geschäftsjahr nicht erinnern. Deshalb hat auch die Verwaltungsstelle Solingen im unteren Verbande zusätzliche Summen für Unterstützungen aufzubringen. Bei einer Mitgliederzahl von 5368 im zweiten Quartal 1908 wurden für Erwerbslosenunterstützung 23 507,55 M., im dritten Quartal bei 5181 Mitgliedern 48 171,45 M. aufgezahlt. Die Einnahmen aus dem ordentlichen Beitrag (60 S.) blieben hinter den Ausgaben 22 927,10 M. zurück, welche Summe als Ausgleich die Hauptstelle in Stuttgart leistete. Es mußten pro Mitglied 3,02 M. auf die Beitragsleistung zugestellt werden.

Angesichts der großen Notlage der Arbeiterschaft nahm das Solinger Gewerkschaftsamt veranlaßt, bei der Stadtverwaltung einen Antrag einzulegen, daß für die Arbeitslosen von der Gemeinde etwas geleistet solle. Es wurde beantragt, eine Zahlung der Arbeitslosen vorzunehmen, den Gewerkschaften zur Unterstützung ihrer arbeitslosen Mitglieder eine Beihilfe zu gewähren. Vorstandsmitglieder ausführen zu lassen u. s. w. Die Stadtverordnetenversammlung übertrug die Sache der Finanz- und Baukommission, die alle Anträge ablehnte und nur an die hoffnungslosen Arbeitslosen Unterstützungen in Gestalt von Lieferungen an Kartoffeln, Brot und Kleidungsstücke beschloß. Interessant gestaltete sich die Plenarversammlung des Stadtverordneten-Kreisligiums, in der endgültig über den

Umgang des Ressorts entschieden werden sollte. Wir sehen auf der Begründung folgende Aussagen:

Genosse **Vollengraben** erläutert, daß die Stadt die Gewerkschaften nicht unterstützen wolle. Die Gewerkschaften würden die Fabrikanten Gelder auch den unorganisierten Arbeitern aufzwingen lassen. Er beantragt, 3000 M. für die Gewerkschaften zu bewilligen, damit diese in der Lage seien, ihren arbeitslosen Mitgliedern eine Weihnachtsfreude zu bereiten. — **Stadtverordneter Petz** erklärt, daß sein Stadtratsmitglied sich der Einsicht verleiht, daß besondere Umstände auch besondere Maßnahmen erfordern. Es sei anzuerkennen, daß die Verwaltung sich in sehr intensiver Weise mit der Frage beschäftigt habe. Ihn habe das Material des Gewerkschaftsvereins eingemessen. In Verdunkelung gestellt. Der Metallarbeiter-Verein gehörte dem Kartell an, während der Industriearbeiter-Verein ihm nicht angehört. Es habe ihn gewundert, daß der Metallarbeiter-Verein nur 100 000 M. den Arbeitern ausgezahlt habe. Er sei ein großer Freund der Gewerkschaften, allerdings nur der auf lokalem Boden stehende. Wo ist all das Geld geblieben, das der Metallarbeiter-Verein aus Solingen fortgenommen hat? Und diese Summe von 100 000 M. ist nicht einmal für Solingen allein bestimmt gewesen! Wenn man dem Arbeiterschreiber **Endler** glauben soll, seien 10 000 Arbeiter im Metallarbeiter-Verein im Kreise organisiert. Der Metallarbeiter-Verein besteht etwa 10 Jahre. Die Mitglieder bezahlen 60 P. pro Woche, das seien pro Kopf und Jahr 20 M., das seien also 200 000 M., die der Metallarbeiter-Verein erhebe, und zwar in erster Linie den Arbeitern dabei versichernd, daß sie im Falle der Arbeitslosigkeit eine Unterstützung bekommen. Es werde eingewandt werden, daß auch bei einem eventuellen Streik die Arbeiter versichert würden. Der einzige größere Streik sei aber von Endler in Wirklichkeit nur gegen den Industriearbeiter-Verein gerichtet worden. Für diesen Streik habe der Endler eine Streikabrechnung von 20 bis 40 L. bis zu 1 M. aus den Taschen der Arbeiter genommen. Es bleiben aber da noch immer 200 000 M. übrig. Der Endler hat also eine große Summe nach Stuttgart mitgenommen und hat die Arbeiter in dem Glauben belassen, sie wären gegen Arbeitslosigkeit versichert. Da verstehe er nicht, wie das Gewerkschaftsamt an uns herantrete könnte, um derartige Ansprüche zu machen. Da wäre es besser, der Kollege Krenzer würde an Endler schreiben: "Mein lieber Max, gib den Arbeitern die mitgenommenen Groschen wieder!" Der **Zindfuhrer** erläutert, daß er einen großen Streik dem gegenüber ganz anders aufsetzt. Er behauptet, 88 000 M. für Arbeitslosenunterstützung auszugeben zu haben. Da die Herren, die an der Spitze dieses Verbandes ständen, ihm Redner seit Jahren als offene, wahrheitsliebende Männer bekannt seien, zweifele er nicht im geringsten, daß diese Angabe bis auf den letzten Pfennig stimme. Dabei sei zu berücksichtigen, daß der Industriearbeiter-Verein erst wenigen Jahren besteht. Eine Arbeitslosenabteilung zu veranstalten, hätte bei den bekannten Praktiken des Metallarbeiter-Vereins wohl wenig Zweck. Auch von dem Antrag des Herrn Vollengraben möchte er abraten. Er habe Bedenken, dem Metallarbeiter-Verein eine derartige Summe zur Verfügung zu stellen. Denn es könnte geschehen, daß ein Arbeitsloser, der bei einem Kaiserhof aufgestanden sei, oder dem Herrn Oberbürgermeister die Hand gedrückt habe, mit seinem Unterstützungsgebot abgewiesen würde. Dagegen möchte er die Verwaltung ermächtigen, im Sinne ihrer Vorschläge die von ihr benötigten Mittel zu gebrauchen.

Genosse **Kirschbaum** (vom Industriearbeiter-Verein) begrüßte es, daß die Verwaltung dazu übergegangen sei, durch vorbereitete Maßnahmen die Not unter den Arbeitslosen zu lindern. Die Bereitstellung von Nahrung, Kleidung und Kohlen genüge aber nicht. Es müsse auch noch Arbeitsgelegenheit geschaffen werden. Die Leute wollten gerne arbeiten. Das Steinkohleamt möge allerdings nicht. Unsere Industriearbeiter eigneten sich schlecht dafür. Es gebe aber so viele Straßen und Wege auszubessern, wo die Arbeitslosen unter Führung eines der städtischen Arbeiterkolonne eintreten. Voraussetzung ist, daß der Arbeiterschreiber ganz gut verwendet werden könnten. — Genosse **Krenzer** erklärt, kein Gewerkschafter zu sein, zugunsten des Metallarbeiter-Vereins aber doch einige Feststellungen machen zu müssen. zunächst habe der Verein nur 5000 Mitglieder in Solingen. Damit sahe das gesamte Zahlenmaterial des Herrn Petz. Außerdem habe er in den ersten Jahren seines Bestehens nur wenige Mitglieder, 15, 18 Mitglieder gehabt und sei nur allmählich gewachsen. Die Totalfazette wäre gar nicht imstande gewesen, 100 000 M. für die Arbeitslosen auszugeben, wenn nicht 40 000 M. aus der Hauptstelle in Stuttgart beigelegt worden wären. Aus den Auswertungen des Herrn Petz gehe her vor, daß nur die Unionistität gegen den Metallarbeiter-Verein die Bewilligung einer harten Unterstützung der Gewerkschaften verhindere. Wenn der Industriearbeiter-Verein allein in Frage stehe, würde das Geld sicher bewilligt.

Genosse **Giehoren** (Industriearbeiter-Verein) erwähnt Petz, daß der Metallarbeiter-Verein nicht bloß Arbeitslosenunterstützung zahlte, sondern auch eine Krankenkasse und eine Sicherungsunterstützung habe. Krenzer müsse er erwidern, daß der Industriearbeiter-Verein nicht das Produkt des Metallarbeiter-Vereandes diene nicht bloß dazu. Streift er inszenieren, sondern auch dazu, die zu verhüten. (Bravo! von Seiten der Bürgerlichen.) Wir beabsichtigen von Seiten des Industriearbeiter-Vereins eine Liste zirkulieren zu lassen, um Unterstützung für die Leutest zu sammeln. Mein Wunsch geht dahin, daß die Fabrikanten auch etwas beitragen möchten. Ich werde mir erlauben, bei den verschiedenen Fabrikanten vorzugehen.

Genosse **Eberts** bittet, dem Antrag Vollengraben zuzustimmen.

Genosse **Vollengraben** wendet sich ebenfalls gegen Petz. Die Zahlen stimmen nicht. Der Metallarbeiter-Verein zahle 20 Wochen Arbeitslosenunterstützung.

Stadtverordneter **Geheimer Kommerzientrat Oppel** empfiehlt, der Verwaltung freie Hand zu lassen. Er erklärt sich dagegen, daß der Gewerkschaften irgendwelche Beiträge zur Verfügung gestellt werden. Alles, was den Arbeitern von den Organisationen zugedacht sei, ist erwartetes Geld der Arbeiter. Ungemein sympathisch habe es ihn berührt, was Giehoren empfohlen habe. (Vollengraben: Klingelbeuel! Untuhil bei den Bürgerlichen.) Er bitte den Kollegen Eichhorn, um zu kommen und ihm die Liste zuerst vorzulegen.

Genosse **Vollengraben** ersucht nochmals alle Gewerkschaften, sowohl dem Metallarbeiter-Verein und dem Industriearbeiter-Verein als auch dem christlich-sozialen Gewerkschaftsamt

2000 M. zu bewilligen. — Daß unsere Solinger Kollegen zu diesen unberührten Verhandlungen des Herrn Petz nicht schweigen würden, war selbstverständlich. Über eine Versammlung, die sich mit der Stadtverordnetenversammlung und speziell mit Herrn Petz beschäftigte, bringt unser Solinger Beteiligt, die Bergische Arbeiterstimme, nachstehenden Bericht:

Die im Auftrage der Oberbaudirektion des Deutschen Metallarbeiter-Vereins einberufene öffentliche Versammlung, die zum Gegenstand hatte die Arbeitslosenbedarfe im Solinger Stadtparlament vom vergangenen Dienstag, war außerordentlich gut besucht. Der geräumige Saal war, als der Referent, Genosse **Wolff**, das Rednerpult betrat, bis auf den letzten Platz besetzt. Die Krisenercheinungen und ihre unangenehmen Folgerungen seien, so fügte er einleitend aus, in Solingen nichts Neues. In den Jahren 1872 und 1873 habe die Solinger Handelskammer in ihrem Bericht auch das Höhepunkt der gesetzlichen Arbeiterschaft gefangen. Die Solinger Arbeiter hatten damals die in dem Bericht gegebenen sozialpatriotischen Darstellungen in einem Schreiben an den Minister des Innern als soziale Nebenbedingungen geltend gemacht. Und doch standen im Verhältnis zu den harten Ausgaben, zu den Lebensmittelpreisen unserer Zeit sich die Arbeiter von damals kaum schlechter als heute. Die Zeiten haben sich im Gegen teil verschoben. Da sei es bezeichnend, daß vor wenigen Wochen

die Unternehmer des Kreises Göttingen ein Gesetz verabschiedet, welchem den Arbeitern empfohlen wurde, doch ihre Freiheit einzuhüben und wortin man die Wage der Arbeiterschaft als allgemeinen normt so schlecht einzustellen sucht. Ammer im Überfall das gleiche Vied, wenn es gelte, die Arbeiterschaft über die eigene Wage hinwegzutun. Der Redner erinnerte daran, daß die gegenwärtige Freiheit die biesige Verfolgung des Metallarbeiterverbandes veranlaßt habe, vor mehreren Wochen an die Mitglieder ein Flugblatt zu verteilen, wortin der Stand der Mitglieder die Beleidigung derselben an der Leistung der Weltkriegs zu geschahrt war. Es fandt sich nach dem Studium dieses Flugblattes niemand mehr einer Abuschung hinzugeben, wie verherrend die Arbeit bereits gewirkt hat. Auch jedem Mitglied des Stadtverordnetenkollegiums wurde bei Übereilung der bekannten Resolution des Gewerkschaftsrates das Flugblatt übermittelt. Es ist eben sehr gerüchten Vertreter der Stadt nach jeder Rechung hin zu fordern, gegeben worden, um was sich handelt. Und trotzdem diese ablehnende Haltung schon in der kombinierten Sitzung der städtischen Kommissionen und dem angehenden Universitätsamt im Plenum des Stadtverordnetenkollegiums eine Übung an den Reichstag um baldige Einsetzung der Arbeitslosenversicherung wurde bekanntlich vom Oberbürgermeister mit der Wotsierung, diese Eingabe sei zwecklos, rückweg abgelehnt. Aber kennzeichne sich aber der Mannesmut vor Ministerseßeln. Ist ja der Minister des Innern gewesen, der auf einem christlichen Nationalen Kongreß den Ausspruch getan, es sei vor allen Dingen nötig, daß bei den Arbeitern der Geist der Zufriedenheit, Weiternheit und Gottessucht wieder zum Ausdruck gebracht werde.

diese Aussönderung sei eine Unverschorenhalt ersten Ranges. Wem anders als der Arbeiterschaft verbannt Deutschland seinen Weltruf der Industrie? Am 10. Dezember 1903 entgegnete Billow den Ausführungen Bevels im Reichstage damit, daß er behauptete, die schändeten Neglektionen würden sich in ihren arbeiterfreundlichen Strebungen nicht irre machen lassen. Wie sieht es heute mit der schon lange vom Reich versprochenen Arbeitslosenversicherung? Der Herr Oberbürgermeister von Solingen habe sich ja auf sehr bequeme Weise von der Sache befreit. Redner ging dann auf den bekannten Verlauf der Debatte im einzelnen ein. Er wandte sich gegen die Ausführungen Eichhorns, daß die Verbandsklasse des Industriearbeiter-Verbandes nicht bloß dazu diene, Steils zu inszenieren, sondern auch dazu, diese zu verhüten. Das hätte Eichhorn nicht besonders zu betonen brauchen, denn das sei eine uralte Einsicht und gelte für jede Gewerkschaft. Aus den Berichten des Antikomites der Solinger Gewerkschaften können wir ersehen, welche Summen dort verwandt werden müßten zur Abwehr von Fabrikanten inszenierten Streiks. Sie brauchen ständig Mittel, um gegen die Unehrlichkeit der Fabriken in bezug auf die Einhaltung der Preisverzeichnisse gewappnet

Das hätte Eichhorn nicht verschweigen dürfen. Es sei
eigentlich keine angenehme Empfindung, wenn ein Sozialdemokrat im
Stadtberordnetenkollegium bei seiner Stellungnahme zu reinen Re-
chtsfragen von den bürgerlichen Fabrikanten mit einem so zufrie-
den Bravo begleitet werde, wie es Eichhorn passiert sei. Das
würde ihm beweisen, daß er da einen Hochsprung geworfen habe.
Er ist unqualifiziert aber sei die Haltung des Fabrikanten und
Stadtberordneten Peters. Früher kannte Herr Peters eine solche
Beschämung an den Industriearbeiter-Verband nicht. Das
Zeitungsbericht ist bei ihm oft nicht einzuholen worden. Auch Coppels Freundschaft zu den
Fabrikanten zeigt sich in wiederholten Vorträgen und in un würdiger Behandlung der
Arbeiter. Seine im Kollegium so splendid ge-
führte Freundschaft geht nur so weit, daß er
nicht der Gefahr von Streiks ausgesetzt. Die
Berührungen Peters' aber, besonders die, wo er Krenzer empfahl,
Zündler zu schreiben, dieser möge die mitgenommenen Groschen
er hergeben, seien eine Leistung von kaum zu überbietender
Geschamtheit. Ein solcher Mensch sei nicht
auf einem Stadtberordnetenposten zu
sehen, der Abwesende in einer solchen Weise
seien. Dafür aber habe es der Herr vorgezogen, heute
Abwesenheit zu glänzen, obwohl er mittels Einschreibebrief
Laden war, um seine Behauptungen entweder vor der Versammlung
wiederholen oder aber sie zu widerstreiten. Beides habe er
lassen und das leuchtendste ihn. Dafür leihen wir in der So-
zialistischen Zeitung folgende neue Berücksichtigung:

Wie wir von Herrn Peters hören, wird er dieser Einladung folgen, weil er sich für verpflichtet hält. Antragen über Ansegen, die er im Stadtoberordnetenkollegium getan, war an der einen Stelle zu beantworten. Wir können Herrn Peters nur heißen, um so mehr als die mit dem Metallarbeiter-Verein vom höchsten Interesse zusammenhang stehende Arbeitersituation in der „unverehrten“ Weise über den verdienten Stadtoberordneten herfällt. Nicht nicht aus Herrn Peters, hat aber wohl aus sozialdemokratischer Stadtoberordnete schon in sehr vielen Fällen gesagt, wenn Arbeitersituation sich reicht. Stein beweist in allgemeinen, daß, wenn Behauptungen unrichtig und noch nicht die Stütze gegeben sind von der Sachheit der Behauptungen zu überzeugen, wenn „grob fahrlässig handelt“. Solche grobe Fahrlässigkeit sind sozialdemokratischen Stadtoberordneten so oft passiert, daß die Arbeiterschaft davon, wenn Herrn Peters ein Urtheil entstehen soll den Stand nicht so voll nehmen und eben erst vor der eigenen Sache steht, denn sie selbst ist ja unverantwortlich gewiß zur Erziehung unrichtiger Behauptungen.

Auf diese Art Vertheidigung des Stadtoberordneten Peters durch sozialer Zeitung beweiste ganz richtig der Redner, daß es wie vorgeschrieben sei, daß ein sozialdemokratischer Stadtober, wenn er öffentlich eingeladen wurde, dazu nicht erscheine, um sozialell gefundene Unzertogen zu widerholen. Ganz soll sei mir bei Seiten des der „Herr Peters“ möglich. Ein sozialdemokratischer Stadtoberordnet ist nach wie einer demokratischen Partei dem anderen

Die Zahlung nach Unterprüfung an die Kirchliche Kasse der Kreis-Verband steht dem neuen Gesetz nach abweichen. Um diese entgegen der Entscheidung des Reichs-Sühnefonds-Mittel für den württembergischen Stand und für besonders die verlassenden Bergbauarbeiter bestimmt zu haben, dass hier, wo die Freie Zeile gegen zu einem Gemeinschaftsgebot geworden ist, einheitlicher Sühne bestimmt, wärtiger Sorge entgegenzutreten. Die Entscheidung des Standes in die Weise bei der bestimmen im Collgium durch Stande sei nicht nur eine Unmöglichkeit, sondern eine Unmöglichkeit. Da bedenken sei nur, ob die eingerichtete Nachfrage der Ennsauer Sühnefond nicht in dem die Industrie zu erfüllen den Betrieb verhindert wird.

ja, sonst die Zukunft zu geben, die ihm eigentlich zufiel würde. Der Schriftsteller-Verband müßte sich gegen mit oder ohne Rechtlichkeit bewegen, denn es ist offenkundig, daß diese den Schriftsteller-Verband zu einer solchen Aktionen bewegen möchte. Und dieser Wunsch ist der Schriftsteller im Schriftsteller-Verband gegen die jüdische Bevölkerung des Deutschen Reichs verantwortlich, mit großer Sorgfalt als Sicherer für das Interesse des Reichsligenverbandes. Die Diskreditierung des Deutschen Schriftsteller-Verbandes ist ein beständiger Vertrag mit Samuel Borzyszkowicz (Magdeburg-Berlin). Nicht nur jüdische es ist, sondern um ein Stück. Die Herren Unter-
die jüdische Bevölkerung ist mit ihrem guten Herzen für
jüdische Freiheit, wohin die Parteibewegung, mit dem mit
der Stadt Magdeburg an die Arbeitsschule zu kommen. Wenn
diese die Parteibewegung helfen, dann können wir nicht
Samuel für die Einheit eingespielen und können sagen
dieser nicht einzutragen. So müssen jüdische Bürger
mitunter das Schriftsteller-Verband dazu bewegen, die
Schriftsteller an die Arbeitsschule zu bringen. Diese Schriftsteller
die Schriftsteller in ganz wichtige Stelle gebracht. Sie
werden aber auf keine jüdische Schriftsteller nicht hinzutun. Sie sind weiter geblieben, denn kommt sie jedoch

nur die Geschäfte der laufenden Zeitteile. Sie müssen daher sorgen, daß wir Munition zum Angriff führen haben, um Angriffe gegen die Herren Peres und Gotsche zu führen, damit wir unsere Preisvergleichsliste hochzuhalten können. Diese sind, zu diesem Zweck mit unserer Karoie sein: Eine in die gewerkschaftlichen Organisationen! Damit aber unsere Stadtvorstandeskollegen bald eine andere Zusammensetzung erlangen, die mit ehrlich einmal mit der Dreiklassenfach in Preußen ein Ende werde, muß unsere Aufgabe sein, auch die politische Organisation die Sozialdemokratie zu stärken. Weil sich aber Peres die Gedanken mit den produzierten Gablen gar so leicht gemacht hat, indeß hier noch folgende Kritik an der hiesigen Verwaltungsstelle bei Deutschen Metallarbeiter-Verbandes Platz finden:

Jaehr der Mitgliedschaft am Standes- schatz	An die Haupthaefte wurden gesandt	An die Haupthaefte wurden gesandt	Kosten der nach hier gesandten Schildungen ¹⁾
1898	64	180	44,02
1899	94	540	76,20
1900	226	710	187,20
1901	218	760	177,21
1902	602	2574	500,86
1903	1805	14005	1501,76
1904	2892	24908	1990,14
1905	2521	8800	2097,47
1906	4025	48848	3848,80
1907	5485	28000	4568,52
1908 ^{a)}	5184	—	3981,31
	119585	313041,11	18449,80

Rosten der Beilage 1.9.9. 281 zum 1. Dezember 1908.

Die Verwaltungsstelle Solingen hat demnach von der Hauptverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes von 1898 bis 1908 einen Zuschuß von 94378,24 M erhalten; dazu kommen noch für Zeitungen (jedem Mitglied wird die Metallarbeiter-Zeitung gratis zugestellt) 18449,89 M., macht zusammen 112827,63 M. In den 11 Monaten, vom 1. Januar bis 30. November 1908, wurden allein aus Mitteln der Hauptkasse an Erwerbslosenunterstützung (Krankheit und Arbeitslosigkeit) 113232 M. bezahlt. Die Einnahmen aus den Beiträgen betrugen während dieser Zeit 125269,35 M., verbleiben somit 12037,35 M., dazu Zuschuß aus der Hauptkasse 38000 M., macht zusammen 50037,35 M. Diese Summe wurde verausgabt für Notlage, Maßregelung, Überwachung der Preisverzeichnisse, Streiks, Rechtsschutz, Sterbegeld, Umzugshilfeunterstützung, Verwaltung. Dem Herrn Peres sei noch zur besonderen Beachtung mitgeteilt, daß die Wochenbeiträge pro Mitglied im Jahre 1898 20 M., im Jahre 1899/1902 30 M., im Jahre 1903/1904 40 M., im Jahre 1905/1906 50 M. und im Jahre 1907/1908 60 M. betragen.

Nach einer regen Diskussion, in welcher die Vorgänge im Stadtverordnetenkollegium noch weiter einer vernichtenden Kritik unterzogen worden waren und nach einem kritischen Schlussschlußwort des Referenten, in welchem er zur Einigung mahnte, gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme:

Die am 30. November tagende öffentliche Versammlung nimmt Kenntnis von der Unzulänglichkeit der von der Solinger Stadtverwaltung getroffenen Maßnahmen gegenüber der herrschenden Arbeitslosigkeit. Sie bedauert die Rücksändigkeit der Stadtverwaltung in sozialpolitischer Beziehung. Eine Erleichterung für diese Rücksändigkeit findet die Versammlung in der Zusammensetzung des Stadtparlaments auf Grund des Dreiklassenwahlsystems. Die Versammlung nimmt weiter Kenntnis von den ebenso wie Verleumdungen des Herrn Stadtverordneten Bobrisanteu Pérez gegenüber dem Deutschen Metallarbeiter-Bund. Aus dem Fernbleiben des Herrn Pérez von der Versammlung kann man zu dem berechtigten Schluß kommen, daß wohl Herr Pérez den traurigen Nut eines Verleumders besitzt, an einer Stelle Beschuldigungen zu erheben, wo die Angeklagten nicht in der Lage sind, den Verleumdungen entgegenzutreten. Herr Pérez, der und eine Zietde des Dreiklassenwahlensystems, ist vor der Gesellschaft genüßen!"

Zu diesem Bericht schreit sich nun der Sachverständige, das Organ des Postamts, mit nachstehenden ließgängigen Ergebnissen:

erstmal eine große Aktion unternommen will, dringend empfehlen, daß ein wenig um die Organisationsverhältnisse der Solinger Fabrikanten und deren verschiedenen Forderungen zu informieren. Es ist in der Arbeiterschaft wieder gegebenes Reiterat bewußt ratsamlich, daß es von den Solinger Fabrikantengesellschaften keine bloße Abhängigkeits-Abteilung hat. Mit meiner aber, ein Gewerkschaftsführer, der über Solingen weiter reden will, muß vorzügliches wissen, wo die Schärfmaßnahmen liegen und wer sie sind, sonst läuft er Gefahr, daß ihm die heidischen Verordnungen passieren, die denn auch Paulowitzky infolge seiner Unwissenheit höchstlich passiert sind. Nun zur Sozial-Paulowitzky hat es als die Pflicht des Industriearbeiter-Verbandes bestimmt, gegen den Stadtoberbaurat Petes Stellung zu nehmen, da dieser den Industriearbeiter-Verband zur gelben Gewerkschaft habe bestimmt wollen. Nun Gedank! Selbst wenn Paulowitzky gegen Petes die Schimpfworte der ganzen Welt aufzuhören würde, könnte er nichts daran ändern, daß die Sizano Petes allgemein bei der Solinger Arbeiterschaft zu den anständigen und aufrichtigen unter den Solinger Firmen gezählt wird. Und von einer anständigen Firma als ungünstig gehalten zu werden, ist für den Industriearbeiter-Verband keine Freude.

gewandt für einen Frieden und nur für den Verlust aller Freiheit hält, ist jedem, der die Verhältnisse kennt. Nur wir bilden uns eben nicht ein, den heutigen Revolution zu überzeugen, das heutige begehrte Gewissen. Das ein Revolution, jetzt kann er nicht ist und nur einer sein will, doch aber wenigstens sollte leben lassen, in dem Maß möglich verlangt.

Der Stadtbetriebsbeamter sieht sich mit einer Unzufriedenheit von dem Stadtbetriebsbeamten Bres. Und gegen den Stadtbetriebsbeamten Bres sind die Menschen (Schulbeamte?? kleine Beamten geprägt?) Schulbeamten entwöhnt. Das die Firmen Bres — Daniel Bres. Inhaber war nach ihrem Bres — eine unglückliche Person sein kann, wird nicht begreifen. Das aber der Stadtbetriebsbeamte Bres ganz unerträgliche Verhältnisse erzeugt hat, ist natürlich. Und auch von der „Anstalt“ Bres ist der Stadtbetriebsbeamte Leibnitz gefloht wieder, sondern von dem Stadtbetriebsbeamten Bres. Das ist ein Unterschied, den noch jeder begreift — ergründen der Revolution des Stadtbetriebsbeamten Bres.

Die Firma Peres ist denn nun aber mit der vielgerütteten Sicherheit
der Firma Peres aus? Zumal jetzt ist festgestellt, daß die
ausländige Firma Peres es nicht geschafft, daß ein Stu-
denten die Zahlung leistet. Der Rentkostenzettel war ein Partiehans-
scher Kosten und die zu kontrollierenden Arbeitnehmer ihre Arbeit
durchzuführen bringen. Nur ganz wenige Studenten und deren Elternleute
wollten ja zahlen. Dagegen, daß Partiehanscher die Organi-
sationen der Schreiner Sozialkosten nicht so genau kennt,
wie der Arbeitgeber des Stoffbaumeister. Jetzt er kennt etwas,
was auch der Arbeitgeber des Stoffbaumeister kennt mögliche. Das
sind die Jahresbezüge des Zentralvereines
der Solinger Gewerkschaften. Da lesen wir im Be-
richt für 1901/02, Seite 13: „Daraufhin iperte der Sozialkosten-
berater eine große Anzahl Sicherheitsleiter durch öffentliche Sitzungen
(die Firma Peres hat eine der ersten).“ — Bericht für 1904,
Seite 16: „Der zweite Fall (Umzeichnung des Sicherheitsberaters) be-
trifft die Firma Peres, Solingen. Auch hier war das
Sicherheitsberatungs nicht eingeschalten worden, so dass der Verein eine
Ausserordnung von 22,66 L. geltend machen wollte.“ — Im Jahre
1905 iperte die Firma Peres alle die Arbeiter aus, die Mit-
glieder des Metallarbeiter-Vereins waren. 1908 wußte die
Firma Peres es die Zeichen- und Sicherheitsberatungen
der Gewerkschaften des Stoffbaumeisters gegen sie zu

Die Zeitungsfabrikatoren schreibt: "Es sind nur zwei Personen, die das nicht erträgen, so können wir mit einer solchen Aktion nichts."

Über der Industriearbeiter-Verband ist auch von dem Stadtrat ein Bericht über die Gewerkschaften und das Gewerbe eingeflossen. Der Hertz-Kommunalsrat hat dem "Mülligen" Blähorn eingeladen, mit der Gemeinde. Es ist auch zu ihm zu fahren. Sicherlich rechnet der Redakteur des Blähorns mit auch die Freimaurer-Gesellschaften zu den hochansständigen. Über auch über diese Freimaurer geben uns die Berichte über die Göttinger Gewerkschaften Ausschau. Bericht für 1903, Seite 8: "Differenzen der Waffenpostler bei der Freimaurer-Gesellschaft wurden durch umstötzliches Eingreifen des Ausschusses und der Arbeiter selbst zugunsten der Arbeiter geregelt." — Seite 10: "In der Fahrrad- und Waffenbranche hörten die Rohrreduzierungen

nicht aus. Dass für vermehrte aber der bekannte (II) Wasser-
leiserant Coppel seinen Arbeitern 20000 M. die indes bei der
bestimmenden Maßnahme dieses Herrn die Lebenslage der Arbeiter
nicht verbessern können. Die Durchsetzung von Differenzen mußte
deshalb notgedrungen die Dessenlichkeit mobil machen, doch kam es
zur Arbeitsniederlegung noch nicht.“ — Bericht 1904, Seite 18:
„Lohnreduzierungen und wirtschaftliche Behandlung (II)
wurden fast dauernd bei der Firma Wehersberg, Kirschbaum & Co.
und bei der Firma Coppel verzeichnet . . .“

Wir nehmen zunächst zugunsten des Industriearbeiter-Verbandes an, daß nur der verantwortliche Redakteur des Stahlwarenarbeiter für sein Geschreif verantwortlich zu machen ist und nicht der Industriearbeiter-Verband. Deshalb wünschen wir dem Redakteur des Stahlwarenarbeiter, daß es ihm noch recht oft passiert, von einer „anständigen“ Firma „anständig“ gelobt zu werden. Vivant sequentes!

Geraer Landfriedensbruch-Prozeß.

Verhandelt vom 2.—4. Dezember 1908 vor dem Schwurgericht in Gera.

Angestellte sind: 1. Der 23jährige Fleischer und Eisengießereiarbeiter Stephan Fischer aus Fürth, 2. der 43jährige former Wilhelm Hauser aus Neunersdorf in Böhmen, 3. der 37jährige verheiratete Eisengießereiarbeiter Oskar Strohm aus Zeulenroda, 4. der 43jährige verheiratete Kermacher Ernst Ritter aus Zeulenroda, 5. der 32jährige verheiratete Eisengießereiarbeiter Otto Solger aus Burkardsdorf, 6. der 32jährige verheiratete Gießgiesser Karl Seeger aus Weitzendorf, 7. der 35jährige verheiratete Kermacher Franz Simon aus Zeulenroda. — Allen Angestellten, die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes sind, wird zur Last gelegt, an der Zusammensetzung einer Menschenmenge zum Zwecke der Verübung von Gewalttätigkeiten teilgenommen, den arbeitswilligen former Paul Küll mit einem Stock über den Kopf geschlagen, den Arbeitswilligen Peter Oppfer gemeinschaftlich körperlich mishandelt und sein Fahrrad zertrümmt zu haben.

Der Anklage liegt folgender Sachverhalt zu Grunde: In der Eisengießerei von H o m b e r g & K ü l z in B e u l e n t o d a , wo es schon häufig zu Differenzen gekommen war, wurde Anfangs des Jahres 1908 den Hilfsarbeitern der Zuschlag für Überstunden, der in einer schriftlichen Vereinbarung vor $\frac{1}{4}$ Jahren auf 5,- die Stunde festgesetzt worden war, entzogen. Die Arbeiter schickten ihren Kollegen vor, der auf die Bestimmungen des Abschlusses aufmerksam machen sollte. Die Antwort des Buchhalters war: „Wem das nicht paßt, der kann gehen.“ Wegen der Krise sahen die Arbeiter von weiteren Maßnahmen ab. Der Buchhalter schritt einige Wochen später die Angelegenheit, als ein Vertreter der Arbeiter zufällig im Ontario etwas zu tun hatte, von neuem an. Hierbei kam es zu Auseinandersetzungen, die zur Folge hatten, daß der Arbeiter den Betrieb verließ. Kurz darauf hatten zwei Formier für ein Stündchen Abzug des Abschlages und des Krankengeldes erhalten. Die Arbeiter ganze 13,- M. ausbezahlt. Auch die übrigen Formier hatten geringe Verdienste. Da die Formier auch noch M u r k i e r und U m p e n tituliert wurden, eine Abhilfe aber wegen der Krise nicht möglich war, so wurden die Zustände einer Kritik in der Presse überzogen und die Kollegen vor Zugang nach Zeulendorf gewarnt.

Es sind auch während dieser Zeit Arbeiter, die längere Zeit beschäftigt waren, entlassen worden. Die Arbeiter wurden gegen deren Wiederbeschäftigung vorstellig. Einer wurde wieder eingestellt und der zweite sollte wieder eingestellt werden, wenn er ne beleidigenden Neuherungen zutäusche. Die Arbeiterschaft des Betriebes beschloß, daß der entlassene Arbeiter, wenn er beleidigende Neuherungen getan habe, diese auch zurücknehmen müsse, dies der Anstand erfordere. Der Arbeiter kam diesem Beschlüsse, wurde aber nicht eingestellt, es sollte erst eine Befrichtigung des Artikels in der Neubüchischen Volkszeitung gebracht werden. Die Befrichtigung sollte aber so sein, "wie wir sie haben wollen", wurde von dem Buchhalter gesagt. Da die Einstellung des Kollegen nicht erfolgte, kamen die Arbeiter am Abend zusammen und nahmen Stellung zu der Sache. Beschlossen wurde: Die Arbeiter verzögten auf die Wiedereinstellung des entlassenen Arbeiters, e zur Regelung von Differenzfällen bestehende Kommission des Betriebes hat am 14. März früh 8 Uhr im Kontor vorstellig zu werden, um sich über die Aufhebung der Sperrre zu berändern. Jeder sollte die Firma angeben, welche Stellen des Artikels unzulässig seien und widerrufen werden sollten. In der Werkstattversammlung ist festgesetzt worden, daß die Angaben des Artikels richtig sind und nicht widerrufen werden können und deshalb auch nicht widerrufen würden. Über den Verlauf der Versammlung und über die Beteiligung der Arbeiter an der Diskussion machte ein anderer Versammlung beteiligter Arbeiter noch am selben Abend in einem Referat, in das er jedenfalls hinbeijestellt worden war, eine Familienangehörigen eines Mitinhabers der Firma Mitteilung. Am andern Morgen wurden gleich bei Arbeitsbeginn sechs Arbeiter, unter ihnen die Mitglieder der Verhandlungskommission, entlassen. Einige sollten binnen 10 Minuten in den Betrieb verlaufen. Für diese Arbeiter versuchte die Firma dann Erfolg aus verschiedenen Städten zu beschaffen und sie erlangte deswegen von den Arbeitern, die im Betriebe waren, daß sie einen Revers mitzeichnen sollten, aus dem hervorging, daß sie mit an kommenden Arbeitswilligen zusammen arbeiten wollten. Die Arbeiter weigerten sich, die Unterschrift zu geben, sie wurden deshalb am

Am verhängte die Firma mit verdoppelter Strafe, Arbeitswillige zu gewinnen. Einen solchen fand sie in der Person des zwölfjährigen Johannes Keppler aus Leipzig. Dieser war auch noch bestrebt, weitere Arbeitswillige zu besorgen. Am Morgen war den Arbeitern bekannt geworden, daß der Formierer Keppler vom Leipzig gefahren sei, um einen größeren Transport Arbeitswilliger zu holen, damit am Montag früh der Betrieb voll genommen werden könne. Die Ausgesetzten begaben sich deshalb in einer größeren Anzahl nach dem Bahnhof, um die etwa befindenden Arbeitswilligen von der Sache zu unterrichten und an ihr Vorhaben auszureden. Mit dem Zuge um 11 Uhr abends kam dann Keppler ein und brachte einen Arbeitswilligen namens Scherer mit. Keppler rief dem Sohn des Firmeneinhabers, Paul Küllz, der ihn am Bahnhof abholte, als er dem Zug stieg, zu: „Heute haben wir nur einen mitgebracht, die anderen kommen morgen.“ Er entzog dem Jungen sein Fahrrad dem Packwagen und ging, das Fahrrad aufsetzend, mit dem Küllz der Stadt Zeulsdorf, die ungesähte Ränder vom Bahnhof entfernt liegt, zu. Neben anderem schloß sich Küllz, daß von einem Auszug oder einer Reise zurückgekehrt sei, gingen die Ausgesetzten hinter oder neben Küllz und Keppler. Keppler wurde von Küllz zu einem Glas eingeladen, jedenfalls deshalb, damit die Renge es zerstreuen sollte. Keppler antwortete die Einladung mit den Worten: „Was sollen wir denn einleihen?“ bat sich ab. —

Schäden entlang. Hier soll von rüden Angestellten Steppel noch traurige Zeugnisse erhalten haben, als er sich das verboten, will er erschlagen werden sein. Körner, der sich und Körner bedroht fühlt, gab einer solche Geißel einen so harten Widerstand, daß sie gegen die Angestellten körner hatte — mit den Worten ab: "Ein Schuß eines Freunde." Nach dem Bruch der Fäuste entstand eine Erregung, die sowohl führte, daß der Arbeitswillige Steppel verprügelt wurde und sein Rad einen Defekt erhielt. Der Fabrikantensohn Külsz hatte nach Abgabe der Schüsse das Halbjahres ergriffen. Steppel ist dann aus der Straße und danach auf einer Bühne, auf die er gebracht wurde, geschlagen worden. Die erhaltenen Verlebungen hatten eine Arbeitsunfähigkeit von vier Tagen zur Folge.

Von den Angestellten, die eine längere Zeit in Untersuchung stehen, geben Külsz, Hauser, Solger und Hecker zu, den Steppel geschlagen zu haben. Fischer sagt aus, daß an dem Rad von Hauser und Körner gezeigt worden sei, daß dann ein Schuß unter dem Radus: "Ein Schuß einer Welt". Nach dem Bruch der Fäuste entstand eine Erregung, die sowohl führte, daß der Arbeitswillige Steppel verprügelt wurde und sein Rad einen Defekt erhielt. Der Fabrikantensohn Külsz hatte nach Abgabe der Schüsse das Halbjahres ergriffen. Steppel ist dann aus der Straße und danach auf einer Bühne, auf die er gebracht wurde, geschlagen worden. Die erhaltenen Verlebungen hatten eine Arbeits-

unfähigkeit von vier Tagen zur Folge.

Von den Angestellten, die eine längere Zeit in Untersuchung

stehen, geben Külsz, Hauser, Solger und Hecker zu, den Steppel geschlagen zu haben. Fischer sagt aus, daß an dem Rad von Hauser und Körner gezeigt worden sei, daß dann ein Schuß unter dem Radus: "Ein Schuß einer Welt". Nach dem Bruch der Fäuste entstand eine Erregung, die sowohl führte, daß der Arbeitswillige Steppel verprügelt wurde und sein Rad einen Defekt erhielt. Der Fabrikantensohn Külsz hatte nach Abgabe der Schüsse das Halbjahres ergriffen. Steppel ist dann aus der Straße und danach auf einer Bühne, auf die er gebracht wurde, geschlagen worden. Die erhaltenen Verlebungen hatten eine Arbeits-

unfähigkeit von vier Tagen zur Folge.

Von den Angestellten, die eine längere Zeit in Untersuchung

stehen, geben Külsz, Hauser, Solger und Hecker zu, den Steppel geschlagen zu haben. Fischer sagt aus, daß an dem Rad von Hauser und Körner gezeigt worden sei, daß dann ein Schuß unter dem Radus: "Ein Schuß einer Welt". Nach dem Bruch der Fäuste entstand eine Erregung, die sowohl führte, daß der Arbeitswillige Steppel verprügelt wurde und sein Rad einen Defekt erhielt. Der Fabrikantensohn Külsz hatte nach Abgabe der Schüsse das Halbjahres ergriffen. Steppel ist dann aus der Straße und danach auf einer Bühne, auf die er gebracht wurde, geschlagen worden. Die erhaltenen Verlebungen hatten eine Arbeits-

unfähigkeit von vier Tagen zur Folge.

Von den Angestellten, die eine längere Zeit in Untersuchung stehen, geben Külsz, Hauser, Solger und Hecker zu, den Steppel geschlagen zu haben. Fischer sagt aus, daß an dem Rad von Hauser und Körner gezeigt worden sei, daß dann ein Schuß unter dem Radus: "Ein Schuß einer Welt". Nach dem Bruch der Fäuste entstand eine Erregung, die sowohl führte, daß der Arbeitswillige Steppel verprügelt wurde und sein Rad einen Defekt erhielt. Der Fabrikantensohn Külsz hatte nach Abgabe der Schüsse das Halbjahres ergriffen. Steppel ist dann aus der Straße und danach auf einer Bühne, auf die er gebracht wurde, geschlagen worden. Die erhaltenen Verlebungen hatten eine Arbeits-

unfähigkeit von vier Tagen zur Folge.

Von den über 30 geladenen Zeugen wird zuerst der Formiermeister Bösl vernehmen. Er sagt nichts wesentliches aus. —

Zeuge Oberbahnmeister Peter Lutz stellt den Angestellten Körner, der 7 Jahre an der Bahn als Streifenarbeiter beschäftigt war, ein gutes Zeumundzeugnis aus. — Die Zeugen Buchhalter Schönen und Formiermeister Christian Lutz machen unterschiedliche Angaben.

Der Zeuge Bahnhofsvorwärter Grüttner findet, daß der Angestellte Strohm am Tage einen schwarzen Schuh und am Abend, als er in der Bahnhofswirtschaft gewesen sei, einen schwächeren Anzug angehabt habe, und daß der Angestellte Körner ein durchaus ehrenvoller Mann sei. — Von Mühlensießer Hößelbarth wird bestanden, daß er erst 4 Schüsse fielen, dann hört er Schläge, die klangen, als ob gegen ein Fahrrad geschlagen wurde. Es war dunkel, er stand etwa 50 Schritte entfernt und sah die Lampen nach dem 4. Schuß noch brennen. —

Der Landbriefträger Schöbling befindet, von den Schüssen

aus seinem Schlaf geweckt worden zu sein, als er aufgestanden sei, habe er gesehen, daß unten geschlagen wurde, daß die Schlagenden zurück traten und durch andere erneut wurden. Auf Anfrage des Verteidigers bestand der Zeuge, daß die nächste Latrine ziemlich entfernt von seiner Wohnung ist. — Der Arbeitswillige Steppel

bestanden als Zeuge: "Ich kam am 19. März nach Zeulenroda und wurde vom Formiermeister Bösl abgeholt. Von Decker, der mich aus Erfurt kannte, wurde mir zugesagt: Na, du schläfst hier gerade noch. Ein Streuner trat an mich heran und fragte in böhmischer Weise, ob er mir den Koffer tragen solle. Am 22. März habe ich einen arbeitswilligen Formier geholt. Als wir Külsz und ich, im Reußischen Hof eintraten, wurde von den Streitenden gespielt, es wurde von dem reichen alten Onkel (dies ist der Formiermeister, der das Geld zur Aufrechterhaltung des Betriebes liefert. D. B.) gesprochen. Am 29. März kam ich von der Beerdigung meines Kindes nach Zeulenroda zurück. Ich hatte mein Fahrrad und fuhr es. Ich ging links, Külsz links oder rechts neben meinem Rad. Vom Reußischen Hof bis zum Fischerhafen wurde wiederholt am meinem Rad gezerrt. Als ich mich umdrehte, habe ich Solger, Körner und die übrigen Angestellten außer Fischer erkannt. Ich sah, daß Solger seinen Leibriemen abgeschüttelt. Külsz jedoch, ehe er geschlagen wurde. Als der Schuß gefallen war, der in einem Winkel von 45 Grad fiel, wollte ich fliehen, wurde aber zu Boden gerissen. Ich sprang wieder auf und wurde nun noch links in den Graben gedrängt, hierbei fiel ich in den Graben. Nun fiel alles über mich her, hierbei verlor ich mein Fahrrad. Ich kam noch einmal hoch, nun wurde ich aus die Wiese gedrängt und niedergeschlagen, auch schlug man mit 3 Bönen ein. Es rief jemand: "Hund, Du mußt vertreten." Den Hauser habe ich an der Stimme erkannt. Simon habe ich erkannt, ob Körner geschlagen hat, habe ich nicht gesehen. Von Decker

bekam ich einen Stich. Beim Aussteuern bin ich über

den Stacheldraht gefallen und nun wurde mit einem scharfen Gegenstand auf mich geschlagen. Ob Strohm rief: "Schlagt ihn tot, macht ihn tot", kann ich nicht sagen. Auf Befragung

der Verteidigung erklärte der Zeuge ausdrücklich, daß er nicht

gewollt, es wurde von dem reichen alten Onkel (dies ist der Formiermeister, der das Geld zur Aufrechterhaltung des Betriebes liefert. D. B.) gesprochen. Am 29. März kam ich von der Beerdigung meines Kindes nach Zeulenroda zurück. Ich hatte mein Fahrrad und fuhr es. Ich ging links, Külsz links oder rechts neben meinem Rad. Vom Reußischen Hof bis zum Fischerhafen wurde wiederholt am meinem Rad gezerrt. Als ich mich umdrehte, habe ich Solger, Körner und die übrigen Angestellten außer Fischer erkannt. Ich sah, daß Solger seinen Leibriemen abgeschüttelt. Külsz jedoch, ehe er geschlagen wurde. Als der Schuß gefallen war, der in einem Winkel von 45 Grad fiel, wollte ich fliehen, wurde aber zu Boden gerissen. Ich sprang wieder auf und wurde nun noch links in den Graben gedrängt, hierbei fiel ich in den Graben. Nun fiel alles über mich her, hierbei verlor ich mein Fahrrad. Ich kam noch einmal hoch, nun wurde ich aus die Wiese gedrängt und niedergeschlagen, auch schlug man mit 3 Bönen ein. Es rief jemand: "Hund, Du mußt vertreten." Den Hauser habe ich an der Stimme erkannt. Simon habe ich erkannt, ob Körner geschlagen hat, habe ich nicht gesehen. Von Decker

bekam ich einen Stich. Beim Aussteuern bin ich über

den Stacheldraht gefallen und nun wurde mit einem scharfen Gegenstand auf mich geschlagen. Ob Strohm rief: "Schlagt ihn tot, macht ihn tot", kann ich nicht sagen. Auf Befragung

der Verteidigung erklärte der Zeuge ausdrücklich, daß er nicht

gewollt, es wurde von dem reichen alten Onkel (dies ist der Formiermeister, der das Geld zur Aufrechterhaltung des Betriebes liefert. D. B.) gesprochen. Am 29. März kam ich von der Beerdigung meines Kindes nach Zeulenroda zurück. Ich hatte mein Fahrrad und fuhr es. Ich ging links, Külsz links oder rechts neben meinem Rad. Vom Reußischen Hof bis zum Fischerhafen wurde wiederholt am meinem Rad gezerrt. Als ich mich umdrehte, habe ich Solger, Körner und die übrigen Angestellten außer Fischer erkannt. Ich sah, daß Solger seinen Leibriemen abgeschüttelt. Külsz jedoch, ehe er geschlagen wurde. Als der Schuß gefallen war, der in einem Winkel von 45 Grad fiel, wollte ich fliehen, wurde aber zu Boden gerissen. Ich sprang wieder auf und wurde nun noch links in den Graben gedrängt, hierbei fiel ich in den Graben. Nun fiel alles über mich her, hierbei verlor ich mein Fahrrad. Ich kam noch einmal hoch, nun wurde ich aus die Wiese gedrängt und niedergeschlagen, auch schlug man mit 3 Bönen ein. Es rief jemand: "Hund, Du mußt vertreten." Den Hauser habe ich an der Stimme erkannt. Simon habe ich erkannt, ob Körner geschlagen hat, habe ich nicht gesehen. Von Decker

bekam ich einen Stich. Beim Aussteuern bin ich über

den Stacheldraht gefallen und nun wurde mit einem scharfen Gegenstand auf mich geschlagen. Ob Strohm rief: "Schlagt ihn tot, macht ihn tot", kann ich nicht sagen. Auf Befragung

der Verteidigung erklärte der Zeuge ausdrücklich, daß er nicht

gewollt, es wurde von dem reichen alten Onkel (dies ist der Formiermeister, der das Geld zur Aufrechterhaltung des Betriebes liefert. D. B.) gesprochen. Am 29. März kam ich von der Beerdigung meines Kindes nach Zeulenroda zurück. Ich hatte mein Fahrrad und fuhr es. Ich ging links, Külsz links oder rechts neben meinem Rad. Vom Reußischen Hof bis zum Fischerhafen wurde wiederholt am meinem Rad gezerrt. Als ich mich umdrehte, habe ich Solger, Körner und die übrigen Angestellten außer Fischer erkannt. Ich sah, daß Solger seinen Leibriemen abgeschüttelt. Külsz jedoch, ehe er geschlagen wurde. Als der Schuß gefallen war, der in einem Winkel von 45 Grad fiel, wollte ich fliehen, wurde aber zu Boden gerissen. Ich sprang wieder auf und wurde nun noch links in den Graben gedrängt, hierbei fiel ich in den Graben. Nun fiel alles über mich her, hierbei verlor ich mein Fahrrad. Ich kam noch einmal hoch, nun wurde ich aus die Wiese gedrängt und niedergeschlagen, auch schlug man mit 3 Bönen ein. Es rief jemand: "Hund, Du mußt vertreten." Den Hauser habe ich an der Stimme erkannt. Simon habe ich erkannt, ob Körner geschlagen hat, habe ich nicht gesehen. Von Decker

bekam ich einen Stich. Beim Aussteuern bin ich über

den Stacheldraht gefallen und nun wurde mit einem scharfen Gegenstand auf mich geschlagen. Ob Strohm rief: "Schlagt ihn tot, macht ihn tot", kann ich nicht sagen. Auf Befragung

der Verteidigung erklärte der Zeuge ausdrücklich, daß er nicht

gewollt, es wurde von dem reichen alten Onkel (dies ist der Formiermeister, der das Geld zur Aufrechterhaltung des Betriebes liefert. D. B.) gesprochen. Am 29. März kam ich von der Beerdigung meines Kindes nach Zeulenroda zurück. Ich hatte mein Fahrrad und fuhr es. Ich ging links, Külsz links oder rechts neben meinem Rad. Vom Reußischen Hof bis zum Fischerhafen wurde wiederholt am meinem Rad gezerrt. Als ich mich umdrehte, habe ich Solger, Körner und die übrigen Angestellten außer Fischer erkannt. Ich sah, daß Solger seinen Leibriemen abgeschüttelt. Külsz jedoch, ehe er geschlagen wurde. Als der Schuß gefallen war, der in einem Winkel von 45 Grad fiel, wollte ich fliehen, wurde aber zu Boden gerissen. Ich sprang wieder auf und wurde nun noch links in den Graben gedrängt, hierbei fiel ich in den Graben. Nun fiel alles über mich her, hierbei verlor ich mein Fahrrad. Ich kam noch einmal hoch, nun wurde ich aus die Wiese gedrängt und niedergeschlagen, auch schlug man mit 3 Bönen ein. Es rief jemand: "Hund, Du mußt vertreten." Den Hauser habe ich an der Stimme erkannt. Simon habe ich erkannt, ob Körner geschlagen hat, habe ich nicht gesehen. Von Decker

bekam ich einen Stich. Beim Aussteuern bin ich über

den Stacheldraht gefallen und nun wurde mit einem scharfen Gegenstand auf mich geschlagen. Ob Strohm rief: "Schlagt ihn tot, macht ihn tot", kann ich nicht sagen. Auf Befragung

der Verteidigung erklärte der Zeuge ausdrücklich, daß er nicht

gewollt, es wurde von dem reichen alten Onkel (dies ist der Formiermeister, der das Geld zur Aufrechterhaltung des Betriebes liefert. D. B.) gesprochen. Am 29. März kam ich von der Beerdigung meines Kindes nach Zeulenroda zurück. Ich hatte mein Fahrrad und fuhr es. Ich ging links, Külsz links oder rechts neben meinem Rad. Vom Reußischen Hof bis zum Fischerhafen wurde wiederholt am meinem Rad gezerrt. Als ich mich umdrehte, habe ich Solger, Körner und die übrigen Angestellten außer Fischer erkannt. Ich sah, daß Solger seinen Leibriemen abgeschüttelt. Külsz jedoch, ehe er geschlagen wurde. Als der Schuß gefallen war, der in einem Winkel von 45 Grad fiel, wollte ich fliehen, wurde aber zu Boden gerissen. Ich sprang wieder auf und wurde nun noch links in den Graben gedrängt, hierbei fiel ich in den Graben. Nun fiel alles über mich her, hierbei verlor ich mein Fahrrad. Ich kam noch einmal hoch, nun wurde ich aus die Wiese gedrängt und niedergeschlagen, auch schlug man mit 3 Bönen ein. Es rief jemand: "Hund, Du mußt vertreten." Den Hauser habe ich an der Stimme erkannt. Simon habe ich erkannt, ob Körner geschlagen hat, habe ich nicht gesehen. Von Decker

bekam ich einen Stich. Beim Aussteuern bin ich über

den Stacheldraht gefallen und nun wurde mit einem scharfen Gegenstand auf mich geschlagen. Ob Strohm rief: "Schlagt ihn tot, macht ihn tot", kann ich nicht sagen. Auf Befragung

der Verteidigung erklärte der Zeuge ausdrücklich, daß er nicht

gewollt, es wurde von dem reichen alten Onkel (dies ist der Formiermeister, der das Geld zur Aufrechterhaltung des Betriebes liefert. D. B.) gesprochen. Am 29. März kam ich von der Beerdigung meines Kindes nach Zeulenroda zurück. Ich hatte mein Fahrrad und fuhr es. Ich ging links, Külsz links oder rechts neben meinem Rad. Vom Reußischen Hof bis zum Fischerhafen wurde wiederholt am meinem Rad gezerrt. Als ich mich umdrehte, habe ich Solger, Körner und die übrigen Angestellten außer Fischer erkannt. Ich sah, daß Solger seinen Leibriemen abgeschüttelt. Külsz jedoch, ehe er geschlagen wurde. Als der Schuß gefallen war, der in einem Winkel von 45 Grad fiel, wollte ich fliehen, wurde aber zu Boden gerissen. Ich sprang wieder auf und wurde nun noch links in den Graben gedrängt, hierbei fiel ich in den Graben. Nun fiel alles über mich her, hierbei verlor ich mein Fahrrad. Ich kam noch einmal hoch, nun wurde ich aus die Wiese gedrängt und niedergeschlagen, auch schlug man mit 3 Bönen ein. Es rief jemand: "Hund, Du mußt vertreten." Den Hauser habe ich an der Stimme erkannt. Simon habe ich erkannt, ob Körner geschlagen hat, habe ich nicht gesehen. Von Decker

bekam ich einen Stich. Beim Aussteuern bin ich über

den Stacheldraht gefallen und nun wurde mit einem scharfen Gegenstand auf mich geschlagen. Ob Strohm rief: "Schlagt ihn tot, macht ihn tot", kann ich nicht sagen. Auf Befragung

der Verteidigung erklärte der Zeuge ausdrücklich, daß er nicht

gewollt, es wurde von dem reichen alten Onkel (dies ist der Formiermeister, der das Geld zur Aufrechterhaltung des Betriebes liefert. D. B.) gesprochen. Am 29. März kam ich von der Beerdigung meines Kindes nach Zeulenroda zurück. Ich hatte mein Fahrrad und fuhr es. Ich ging links, Külsz links oder rechts neben meinem Rad. Vom Reußischen Hof bis zum Fischerhafen wurde wiederholt am meinem Rad gezerrt. Als ich mich umdrehte, habe ich Solger, Körner und die übrigen Angestellten außer Fischer erkannt. Ich sah, daß Solger seinen Leibriemen abgeschüttelt. Külsz jedoch, ehe er geschlagen wurde. Als der Schuß gefallen war, der in einem Winkel von 45 Grad fiel, wollte ich fliehen, wurde aber zu Boden gerissen. Ich sprang wieder auf und wurde nun noch links in den Graben gedrängt, hierbei fiel ich in den Graben. Nun fiel alles über mich her, hierbei verlor ich mein Fahrrad. Ich kam noch einmal hoch, nun wurde ich aus die Wiese gedrängt und niedergeschlagen, auch schlug man mit 3 Bönen ein. Es rief jemand: "Hund, Du mußt vertreten." Den Hauser habe ich an der Stimme erkannt. Simon habe ich erkannt, ob Körner geschlagen hat, habe ich nicht gesehen. Von Decker

bekam ich einen Stich. Beim Aussteuern bin ich über

den Stacheldraht gefallen und nun wurde mit einem scharfen Gegenstand auf mich geschlagen. Ob Strohm rief: "Schlagt ihn tot, macht ihn tot", kann ich nicht sagen. Auf Befragung

der Verteidigung erklärte der Zeuge ausdrücklich, daß er nicht

gewollt, es wurde von dem reichen alten Onkel (dies ist der Formiermeister, der das Geld zur Aufrechterhaltung des Betriebes liefert. D. B.) gesprochen. Am 29. März kam ich von der Beerdigung meines Kindes nach Zeulenroda zurück. Ich hatte mein Fahrrad und fuhr es. Ich ging links, Külsz links oder rechts neben meinem Rad. Vom Reußischen Hof bis zum Fischerhafen wurde wiederholt am meinem Rad gezerrt. Als ich mich umdrehte, habe ich Solger, Körner und die übrigen Angestellten außer Fischer erkannt. Ich sah, daß Solger seinen Leibriemen abgeschüttelt. Külsz jedoch, ehe er geschlagen wurde. Als der Schuß gefallen war, der in einem Winkel von 45 Grad fiel, wollte ich fliehen, wurde aber zu Boden gerissen. Ich sprang wieder auf und wurde nun noch links in den Graben gedrängt, hierbei fiel ich in den Graben. Nun fiel alles über mich her, hierbei verlor ich mein Fahrrad. Ich kam noch einmal hoch, nun wurde ich aus die Wiese gedrängt und niedergeschlagen, auch schlug man mit 3 Bönen ein. Es rief jemand: "Hund, Du mußt vertreten." Den Hauser habe ich an der Stimme erkannt. Simon habe ich erkannt, ob Körner geschlagen hat, habe ich nicht gesehen. Von Decker

bekam ich einen Stich. Beim Aussteuern bin ich über

den Stacheldraht gefallen und nun wurde mit einem scharfen Gegenstand auf mich geschlagen. Ob Strohm rief: "Schlagt ihn tot, macht ihn tot", kann ich nicht sagen. Auf Befragung

der Verteidigung erklärte der Zeuge ausdrücklich, daß er nicht

gewollt, es wurde von dem reichen alten Onkel (dies ist der Formiermeister, der das Geld zur Aufrechterhaltung des Betriebes liefert. D. B.) gesprochen. Am 29. März kam ich von der Beerdigung meines Kindes nach Zeulenroda zurück. Ich hatte mein Fahrrad und fuhr es. Ich ging links, Külsz links oder rechts neben meinem Rad. Vom Reußischen Hof bis zum Fischerhafen wurde wiederholt am meinem Rad gezerrt. Als ich mich umdrehte, habe ich Solger, Körner und die übrigen Angestellten außer Fischer erkannt. Ich sah, daß Solger seinen Leibriemen abgeschüttelt. Külsz jedoch, ehe er geschlagen wurde. Als der Schuß gefallen war, der in einem Winkel von 45 Grad fiel, wollte ich fliehen, wurde aber zu Boden gerissen. Ich sprang wieder auf und wurde nun noch links in den Graben gedrängt, hierbei fiel ich in den Graben. Nun fiel alles über mich her, hierbei verlor ich mein Fahrrad. Ich kam noch einmal hoch, nun wurde ich aus die Wiese gedrängt und niedergeschlagen, auch schlug man mit 3 Bönen ein. Es rief jemand: "Hund, Du mußt vertreten." Den Hauser habe ich an der Stimme erkannt. Simon habe ich erkannt, ob Körner geschlagen hat, habe ich nicht gesehen. Von Decker

bekam ich einen Stich. Beim Aussteuern bin ich über

noch was der" — Junge Begründer Grüttner bestand, daß Grüttner am Abend nach der Tat im Reußischen Hof gestorben habe

Das war ein Fehler, der nach dem Abschluß verhindert wurde, daß die Masse von Betrieben das benötigte Recht, ihren nicht-organisierten Werkzeugherstellern während der Sperrzeit ihren Sozialvertrag weiter zu geben. Das macht dem guten Zweck der Betriebsleiter alle Spur, aber es war natürlich falsch, weil es den Erfolg der Sperrzeit weiter möglichst. Außerdem war die Gesamtzahl der unter Sperrzeit stehenden Arbeiter, etwa 2000, doch nicht groß genug, um soviel und überwältigend zu wirken. Man hatte sich über den Erfolg der Maßregel gestäubt. Der von dem Kampf betroffenen Unterstand des bergischen Industriellen wird in seinem Bericht noch etwas deutlicher. Er sagt: „Die angeordnete Sperrzeit in einer außergewöhnlich arbeitsreichen Zeit hielt und viele Arbeitgeber eine Menge Aufträge mit festen Lieferterminten, teilweise unter der Verpflichtung zur Fällung hoher Konventionalstrafen bei verspäteter Lieferung, übernommen hatten, so machte es außerordentlich schwierig, die Sperrzeit streng durchzuführen. Es war nicht zu vermeiden, verschiedene Ausnahmen in den einzelnen Betrieben zu gestatten.“ — „Es gelang sich auch, daß die Sperrzeit eine viel zu geringe Arbeiterzahl umfaßte, und daß die Ausgebeuteten keinen merlichen Einfluß auf die Stimmung der Streikenden ausübten. In den Versammlungen der Streikenden wurden die ausgesperrten Arbeiter seitens des Deutschen Metallarbeiterverbands nicht zugelassen, sobald die Abstimmungen über die Fortsetzung des Streiks lediglich von den von Anfang an ausständigen Arbeitern vorgenommen wurden.“ Daher also die Enttäuschung; die Herren hatten in ihrer Unentümlichkeit gewollt, daß die Ausgebeuteten angenommen, sie brauchten nur eine größere Anzahl Arbeiter auszusperren, als da standen, und diese Ausgebeuteten hätten es dann in der Hand, die Streikenden zu manipulieren. Die Dinge lagen nun einmal etwas anders, als sie die Scharsmacher sich zurecht träumten und so mußten sie denn nach fünf- bis sechswöchentlicher Dauer die Sperrzeit aufheben. Allerdings befandet der Jahresbericht, die Sperrzeit habe „reihig und beständig wie ein Gewitter gewirkt“. Sie mögen Recht haben und die Arbeiter sind sicher, die legten, die die reihige Wirkung dieses Gewitters bedauern. Wurde doch durch dasselbe in gar manchen Arbeitsorten Siedlung bestellt, daß eine Interessenharmonie zwischen Kapital und Arbeit existiere, wurde ihm doch durch die Sperrzeit in erstaunlicher Weise gezeigt, daß jeder Arbeiter den kräftigen Rückhalt einer starken Berufsorganisation braucht. Der Jahresbericht des Verbundes von Arbeitgebern des bergischen Industriegebietes tut sein möglichstes, um diese Einsicht zu vertiefen. Bedauert er doch ausdrücklich, daß die brutale Sperrzeit einen negativen Einfluß auf den Betrieb habe, daß einzelne Unternehmer ihren indifferenten Arbeitern während derselben eine kleine Unterstützung zulassen ließen und sagt so, daß bei künftigen Sperrzeiten der indifferenten Arbeiter hilflos dem Hunger überantwortet wird, wenn er nicht rechtzeitig Anschluß bei seiner Berufsorganisation sucht. Die organisierte Arbeiterschaft wird nicht verschreckt, die Unternehmerpläne in weiteren Kreisen bekannt zu geben, um die Bedrohten zu warnen und zu organisieren. Für den Kenner der Verhältnisse bleibt das Studium des Jahresberichtes einen eigenen Reiz, insbesondere, wenn von den „verschiedenen Unternehmen“ die Rede ist, die man bewilligt hatte, damit der fragliche Fabrikant besonders eilige Arbeiten fertigstellen könnte. Bei der Firma Jäger in Elberfeld sind, um nur ein Beispiel zu nennen, diese Ausnahmen ungewöhnlich zur Regel geworden, waren doch jahrelang etwa 300 Arbeiter während der Aussperzung beschäftigt. Es ist wohl nur ein Zufall — der leider böse Menschen ungünstige Schlüsse ziehen läßt — daß diese Firma bei den Abstimmungen im Unternehmerverband eine ganze Anzahl Stimmen in die Waagschale werfen konnte und ein ebenso schwerer Zufall war es auch, daß kleinere Firmen keine Ausnahmen in die Aussperzung einbezogen. Es ist wohl nur ein Zufall, trotzdem auch diesen das Feuer unter den Rädern brannen. Vermittelungsversuche waren den Herren recht unangenehm. Spottisch vermerkt der Bericht: „Es ist ja nichts leichter, als in den wirtschaftlichen Kämpfen den beiden Streitenden eine mittlere Linie zu zeigen, auf die der eine Teil zurück und der andere vorgehen soll, um dann den Ruhm eines Friedensstifters einzuerwerben.“ Ja, aber darauf kommt es bei Einigungsversuchen doch wirklich nicht an! Die mittlere Linie bei solchen Differenzen zu finden, könnte allerdings jeder Schulschüler, der die Ursachen Gründe von Adam Rieses Kunst gelernt hat. Nicht die mittlere Linie zu finden, sondern die streitenden Parteien auf diese zu führen, das ist die schwierige Kunst des gewöhnlichen Friedensstifters. Weicht eine der streitenden Parteien einen Schritt aus eigenem Antrieb zurück, so glaubt die andere deren Position geschwächt und wird um so energischer an ihrem Postulat festhalten, bis durch langen Kampf auch ihre Kräfte dezimiert sind. Einigungsanträge sollen ja gerade nach Möglichkeit den Kampf vermeiden oder den schon entbrannten schnell beenden. Darin besteht ihr großer Wert, was doch endlich auch die Herren vom Arbeitgeberverband einsehen möchten. Die partizipative Kommission vertritt in diesem Bericht, ja noch den Herren vom Arbeitgeberverband ebenfalls ein Gruß. Angesichtlich haben diese nicht die Möglichkeit, die Bedürfnisse eines bestimmten Betriebes einzuschätzen und vermittelnd zu antworten, ungeeignete Arbeitskräfte, in Wirklichkeit bestehend aber der Großteil nur, in einem kleinen Betrieb zu erhalten. Sie wollen umwandschläende Herren über ihre Arbeitskosten informieren und deshalb müssen sie auch alleinige Herren des Arbeitsvermittlungsbewegens sein, um „die Herrschaftsgesetze der industriellen und ununterbrochenen Elemente in Schranken“ zu halten. Es habe jedoch noch nicht das Bedürfnis nach einem solchen Arbeitsnachweis im Ruhrgebiet gefordert gemacht, aber immerhin sei die Frage wert, im Auge behalten zu werden. Man wird also auch in nicht allzu ferner Zeit den Arbeitern dieses unerwünschte Geschenk aufzwingen wollen. Jedenfalls zeigen diese wichtigsten Angaben aus dem Jahresbericht der bergischen Unternehmer, daß die Arbeiter alle Erfache haben, auf der Hut zu sein. Wollen sie mit der hoffentlich bald wieder gefundenen Geschäftskonjunktur das zutürobern, was ihnen heute die Unternehmernacht genommen wird, dann müssen sie ihre Organisationen durch eifrigste Organisationsarbeit stärken. Unsere Freunde sind wieder mal unsere Freunde gewesen, sie haben den indifferenten Arbeitern gezeigt, daß sie erfahrungsgemäß ausgeschlossen werden werden, wenn künftig im Ruhrgebiet in wirtschaftlichen Kämpfen Kapital und Arbeit aufeinanderstoßen. Mögen diese sich rechtzeitig schützen durch Anträge an ihre Berufsorganisation. Die Scharsmacher sind ratslos an der Arbeit, rätseln auch wir nicht!

Briesbader. Nachdem es uns gelungen war, im letzten Jahr in einer Anzahl Betriebe Tarifverträge abzuschließen, die uns eine Befreiung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse brachten, ist es in diesem Jahre das Bestreben einer Anzahl dieser Firmen, die abgeschlossenen Verträge zu durchbrechen. So besonders die Maaschinenfabrik Eisebade. Akkordreduktionen dürfen laut Vertrag innerhalb zweier Jahre nicht vorgenommen werden. Das hört die Herren aber nicht. Gest gest bei der jüdischen Konjunktur nicht, man den Arbeitern alles bieten zu können. Ein neu gebildeter Betriebsrat ist dabei die freibare Kraft. Besonders bemerkenswert werden dem Herrn ja nicht nachgöhnen, aber desto besser versteht er es, die Leute zu schikanieren. Dieser Herr (Kopier) ist es, der ein ganz neues System der „Lohnregulierung“ erfunden hat. Zuerst werden die Akkordpreise reduziert. Darauf dann der Arbeiter seinen Stundenlohn nicht, dann wird ihm am Stundenlohn so viel abgezogen, daß keine Differenz mit dem Akkordverdienst mehr vorhanden ist. In dem, was im Laufe der letzten Zeit hier vorliegt, sind unfaßbare Kräfte an der Arbeit, deren Tätigkeit sehr zu spüren ist. Ein Betrieb versucht versucht die Scharsmacher, die anderwärts direkt von den Unternehmern betrieben wird. Bei der Firma Ossiel, Schmid & Co. ist auch so ein besonders freundlicher Betriebsleiter (Wohr). Kein organisierte Kollege darf bei ihm arbeiten, es sei denn, daß er sich

von der Organisation losläßt. Es ist ihm dies auch schon bei etlichen Städten geschehen, andere haben es vorgezogen, den Betriebsleiter des Betriebes den anderen zu überlassen. Unternehmende und der Betrieb noch wie im Geschäftsbetrieb stehen sollten, die man bestimmt nur noch in ganz zurückgedrängten Betrieben findet. Was an modernen Einrichtungen fehlt, soll durch niedrige Arbeitslohnrate wettgemacht werden. Schulden daran sind allerdings die Arbeitnehmer selbst, die sich von diesem Herrn Wohr ins Gedächtnis legen lassen. Doch auch die Männer dieses Herrn werden nicht in den Himmel wachsen. Kommt einmal ein neuer Zeichner, der vom Meißnischen Höhebold zu Ende sein. Ein Zeichner aus dem Werkmeisterverband ist der Herr Braun, Mitinhaber der Firma Schütz & Braun (Werkzeugfabrik in Schierstein a. Rh.). Lange Zeit wurden wir uns, daß in dem Betrieb ähnlich hohe Löhne gezahlt wurden, bis eines Tages die ganze Herrlichkeit offensichtlich wurde. In der Frankfurter Volksstimme erschien eines Tages ein Artikel über die Verhältnisse bei Schulz & Braun, der dem Herrn Braun gegenüber unangenehm war. Es wurden ihm darin Verschulden verschiedener Art vorgeworfen, die seine Erfolge in der Firma sehr wadig machen. Der Herr Braun verlangte danach, daß die Frauen der bei ihm beschäftigten Arbeiter für ihn zur Verfügung stehen sollten. Daß die Sache veröffentlicht wurde, war dem Herrn natürlich sehr unangenehm, er rätselt sich darüber, daß er die bei ihm beschäftigten organisierten Kollegen zwingen wollte, aus der Organisation auszutreten, dem sich auch einige stützen. Über damit war die Sache nicht aus der Welt gekäfft, der andere Firmeninhaber (Schulz) verlangte von B., daß er sich von dem Vorwurf reiße, oder ausschließe. Was blieb ihm übrig? Gegen die Volksstimme zu klagen, was zu gefährlich, er fing es schläger an und verklagte die Hauptbelastung zeugin wegen Verleumdung. Am Termine, der dieser Tage stattfand, bestätigte aber nicht nur die Frau, die er verklagt hatte, daß er ihr „lebenswürdig“ Anträge gestellt hatte, sondern es morstierten noch eine Menge auf, die bezeugten, daß er gegen sie nicht minder „lebenswürdig“ war. Auch die hiesigen Schlossermeister, mit denen wir im letzten Jahre einen Vertrag abgeschlossen haben, versuchten diesen teilweise zu durchbrechen. Die Firma Schütz weigerte sich, die Nebenkosten mit Prozenten zu bezahlen, obwohl dies ausdrücklich im Vertrag vorgeschrieben ist. Die 3 Prozent Zulage, die die Schlosser in diesem Jahre am 1. April zu beanspruchen hatten, wurden nicht bezahlt. Die Geschäftskonjunktur ist gerade im Schlossergetöbe eine äußerst schlechte, wir ließen deshalb der Sache ihren Lauf, weil wir der Meinung waren, daß den dort beschäftigten Kollegen im Falle einer Klage vor dem Gewerbege richt ihr zurückbehaltener Lohn nachbezahlt würde, das heißt, daß die Firma verurteilt würde, die zuwenig bezahlten Löhne nachzuholen. Darin hatten wir uns allerdings getäuscht. Das Gewerbege richt stellte sich auf den Standpunkt, daß den nach dem 1. August 1907 eingetretenen (an diesem Tage wurde der Vertrag abgeschlossen) die dreiprozentige Zulage nicht zustehe — ein Standpunkt, der unrichtig ist. Die Krauter hatten ein sehr praktisches Mittel an der Hand, um dem entsprechend auch die Zulage zu verwirtern. Sie fündigten ihren Leuten und erklärten, wenn die Arbeiter auf die 3 Prozent Verzug leisten, könnten sie weiter arbeiten. Besonders die Firma Schütz ist es, die sich hier so ehrlich gezeigt hat. Eins können wir den Herren aber heute schon verraten: nach den sieben mageren Jahren kommen auch wieder sieben Jahre, und dann werden wir zusammen abrechnen. Dann werden wir auch auf das Ehrentor der Unternehmer pfeifen. Einem Taxis abhören, Fumm und Gejellschaus abzuziehen, werden wir uns ebenfalls hüten, denn die Herren vom Fumm und Gejellschaus erklärten selbst, sie hätten kein Mittel, um die Mitglieder zu zwingen, den Vertrag einzuhalten. Und am Gewerbege richt wird ihnen noch Recht zugesprochen! Mögen die Kollegen von Briesbade davor die Lehre ziehen, daß uns der Kampf um die Erfolge hier auch in Zukunft nicht erspart bleibt. In der schlechten Geschäftszzeit ist es erst recht Pflicht eines jeden Kollegen, neu und fest zur Organisation zu halten. Gern mancher, der dieses Jahr unter Arbeitslosigkeit zu leiden hatte, hat sich das vorher niemalsträumen lassen. Ein Drittel unserer Mitglieder ist in diesem Jahre eine Zeitlang arbeitslos gewesen, und die Arbeitslosenunterstützung billigte für diese Kollegen doch eine sichere Hilfe. Das, was uns jetzt vom Unternehmertum genommen wurde, werden wir wieder holen. Dazu ist es aber notwendig, daß die Kollegen auf dem Damm sind und mithelfen, den Machtgütern des Werkmeisterverbandes und dem Unternehmertum ein Faroli zu bieben.

Gähnende.

Grüne bei Herlohn. In den letzten Wochen ist in unser sonst so stillen Tal reges Leben gekommen. Veranlassung hierzu geben mehrere Akkordzüge, die der Betriebsführer Eigner der Firma Karl Schleiper der Kettenfertigung zunutze. Der erste Angriff erfolgte vor einigen Monaten und wurde mit Erfolg abgewehrt. Es paßte dem Betriebsführer nicht in den Raum, daß er seinen Willen nicht durchsetzen konnte, er sah deshalb auf Rache. Am 17. November unternahm er einen erneuten Angriff. Er wollte es durchziehen, daß adjudiizierte Rollketten für denselben Preis (12 Pf. Aufschlag pro Kilogramm) hergestellt würden wie gewöhnliche Schiffsketten. Es bediente dieses einen Minder verdienst, je nach der Summe, von 50 bis 125 Pf. pro Tag. Daß sich das die Schmiede, die durchschnittlich 4 bis 5 Pf. pro Tag verdienten, nicht gefallen ließen, verstand sich von selbst. Die Schmiede aber, die sich weigerten, für diesen Preis zu arbeiten, wurden in Tagelohn (30 Pf.) gestellt und mußten bei stromendem Regen Hof- und Außenschichtarbeiten machen. Auch dieses kommt die Leute nicht mache machen, es wurden nun mein Mann gefündigt. Das schlug dem Fas das Boden aus. Es bediente der größte Anstrengung unseres Bezirksteigers und des Betriebsführers, die Schmiede vor voreiligen Schritten zu bewahren. Als die Bogen am höchsten gingen, erschien die Fabrikanten den Betriebsführer Giesen um eine Unterredung, bei der sie ihn erfuhrte, es nicht zum Äußersten kommen zu lassen. Fregend welche Zugeständnisse zu machen, batte sie jedoch keine Zeugnis. Sie hat aber, dieserhalb mit ihrem Betriebsführer Rücksprache zu nehmen. Die Aussprache mit dem Betriebsführer, der die Verbandsangehörigen Swiegel und Giesen lediglich als Privatpersonen empfing, erfolgte am 23. November. Nachdem der Herr Betriebsführer ein Klageschreiben über die Konkurrenz und die schlechten Zeiten gelesen, erklärte er zunächst, daß weder die Kündigungen noch die Akkordreduzierung zurückgewonnen würden und wenn der Betrieb sechs Jahre lang stehen bleibe! Die daraus abgeholte Versammlung der Kettenfertigung beschloß, in einer Akkordreduzierung nicht einzuvögeln und Maßregelungen nicht zu dulden. Mittlerweile wurde der Kriegsplan entworfen. Am 26. November sollte die Versammlung stattfinden, in der die Abstimmung über die Arbeitsminderung erfolgen sollte. Der Herr Betriebsleiter Eigner hatte aber unterdrückt eingesehen, daß er der jungen Organisation der Kettenfertigung gegenüber nichts ausrichten könnte und zog am Tage vorher die Kündigungen und die angekündigte Akkordreduzierung zurück. So haben es denn die Kettenfertigung und durch ihre Organisation erreicht, daß ihr ohnehin füger Betrieb nicht mehr verringert wurde. Mögen nun die Kettenfertigung ihrer Organisation treu bleiben und ihr den letzten Mann aufzuführen, dann wird bald die Zeit kommen, wo auch ein eine Verbesserung ihrer Lage gedacht werden kann. Deshalb, Kettenfertigung, hinkt in die Organisation, denn vereinzelt feid ihr nichts, vereinigt aber eine Macht!

Rundschau.

Reichstag.

Das sonst so hochgespannte Interesse an der ersten Lesung des Staats wolle sich in diesem Jahre nicht recht entfalten, weil gar zu viel des wichtigsten Stoffes bereits in der ersten Lesung der Steuergesetz und in den Erörterungen über das persönliche Regiment vorausgegangen war. So blieb den Staatsrednern eigentlich nur

noch eine Blaßheit übrig. Sie traten alle unter dem Druck des Reichsgerichts für eine sofortige Verhandlung ein: Selbst Parteien wie das Centralpartei, das für die Jahre vorher die sozialpolitische Platte nicht nur mißachtet, sondern sogar gefügt hat, haben nur auf einmal Gewissensbisse und suchen die öffentliche Aufmerksamkeit von ihrer eigenen Schulden durch den lebhaften Hinweis auf die Stellen des Budgets abzulenken, wo man das Geld besser zusammenhalten könnte. Endlich schafft doch diesen Debatteationen die überzeugende Kraft: für jeden verständigen Menschen ist es klar, daß eine Verminderung der Aufgaben für das Reich nur dann möglich ist, wenn die Aufwendungen für Heer und Marine herabgesetzt werden können; dies ist aber, wie die Dinge nun einmal liegen, nur möglich, wenn das gesetzliche persönliche Regiment abgeschafft ist und durch die demokratische Selbstbestimmung des Volkes ersetzt wird. Damit scheint es aber noch gute Wege zu haben, denn die vom Reichstag zur Verhandlung der Geschäftsordnung eingesetzte Kommission hat sich nach einer formalen Sitzung bis nach den Weihnachtsferien, also bis Mitte Januar, verzögert; der Widerspruch der sozialdemokratischen Mitglieder dieser Kommission verhältnis ungehört. Der Verdacht wird nur schwer zu bestätigen sein, daß die bürgerlichen Parteien die ganze Angelegenheit auf die lange Bank zu schieben gedenken und nach dem Spruch: „Zeit gewonnen, alles gewonnen“ ihre Maßnahmen treffen wollen. Das Parlament vornahm zu kreieren, ist nun die Aufgabe der Bevölkerung selbst, die kein Mittel unversucht lassen darf, um ihren Willen darzutun, aus den Fühlungen des persönlichen Regiments endlich herauszukommen.

Über die auswärtige Politik gab der Reichskanzler selbst eine Übersicht, die recht friedlich klang. Er versicherte, daß eine unmittelbare Kriegsgefahr nirgends vorhanden sei. Ob diese fröhliche Aussöhnung der Lage nicht durch die Tatsachen Lügen gestraft werden wird, ist mindestens zweifelhaft: das Verhältnis von Österreich zur Türkei, wie auch zu Russland, hat sich in der letzten Zeit erheblich verschlechtert; wahrscheinlich hat nur die vorgesetzte Jahreszeit bisher den Ausbruch kriegerischer Verwicklungen verhindern können. Eine kalte Dusche für slavische Heißsporne dürfte indessen die Erklärung sein, daß Deutschland auf alle Fälle mit seinen Verbündeten gemeinsam handeln werde. Diese Worte richten sich natürlich auch gegen Italien, wo gerade in den letzten Tagen der Widerspruch gegen die Dreibrundspolitik am lebhaftesten war.

Gegen die starken Angriffe, die auf ihn wegen der Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechtes gerichtet wurden, suchte sich der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg zu verteidigen. Er behauptete frisch und fröhlich, niemand im Reichstage hätte können darüber im Zweifel sein, daß es Sinn und Absicht des Sprachenparagraphen gewesen sei, den polnischen Gewerkschaften in Westdeutschland ihre Tätigkeit unmöglich zu machen, wenn und da sie „staatsgefährlich“ sei. Das entspricht zweifellos nicht den Tatsachen, im Gegenteil: bei der Beratung des Vereinsgesetzes ist immer wieder darauf hingewiesen worden, daß der Sprachenparagraph nicht zu einer Verhinderung der gewerkschaftlichen Tätigkeit ausgenutzt werden dürfe. Wenn heute die verbliebenen Freiämmlungen durch den Mund des Herrn Wiemer erklärt lassen, sie ständen ganz auf der Seite des Staatssekretärs, so beweist das nur die Charakterlosigkeit der Wiemertruppe, nicht aber die Wahrheit der Behauptung des Herrn v. Bethmann. Die ganze Angelegenheit wird bei der Erörterung einer inzwischen eingereichten sozialdemokratischen Interpellation ausführlich erörtert werden; alsdann werden wir auch das urkundliche Material zur Beurteilung der Sache zusammenstellen und unseren Beatern vorlegen.

Nach Abschluß der ersten Lesung des Staats ging der Reichstag in die Weihnachtsferien.

Gewerkschaftliches.

Sattler und Portefeuiller. Nachdem die Gründung eines allgemeinen Lederindustriearbeiterverbandes vorläufig noch ausichtslos ist, gehen die Verbände der Sattler und der Portefeuiller daran, sich miteinander zu vereinigen. An einer Urabstimmung über die Verschmelzung haben sich 80 Prozent der Mitglieder des Portefeuillerverbandes beteiligt. Von diesen stimmten 66 Prozent für und die übrigen gegen die Verschmelzung. Es wird zunehmend von den Vorsitzenden beider Gewerkschaften ein gemeinsamer Verbandstag einberufen, der am 13. April 1909 in Köln stattfinden soll. Vorher werden die beiden Gewerkschaften noch ihre eigenen Verbandstage abhalten. Wenn diese dann die Verschmelzung gutheißen, so soll diese auf dem gemeinsamen Verbandstag bejedigt werden. Die gemeinschaftliche Geschäftsführung wird am 1. Juli 1909 beginnen.

Handschuhmacher. Der Vorstand des Verbandes der Handschuhmacher ordnete laut Generalversammlungsgesetz auf den 30. Januar 1909 eine Urabstimmung über folgende Frage an: Sind die Mitglieder mit einer Verschmelzung mit dem Lederaarbeiterverband einverstanden?

Gewerkschaften und unlauterer Wettbewerb.

Auf Antrag der Textilindustriellen in Neugersdorf wurde bei der dortigen Geschäftsstelle des Textilarbeiterverbandes Hausaufsicht gehalten und eine Anzahl gedruckter Lohntarife beschlagen. Dies geschah auf Grund des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb, weil die Unternehmer behaupteten, durch den Druck und die Verbreitung der Lohntarife würden der Konkurrenz Geheimnisse verraten.

Gewerbegerichtswahlen in Berlin.

Nach den vom Berliner Magistrat veröffentlichten amtlichen Feststellungen über das Wahlergebnis erhalten die Biesenthaler doch das übrig gebliebene Mandat, obwohl die Zahl der für ihre Liste abgegebenen Stimmen (329) noch nicht einmal ein halbes wert ist. Daß der Biesenthaler doch den einen Sitz stellen darf, kommt nur daher, daß bei den Stimmen für die Listen der Christen, der Christlichen und der technisch-industriellen Beamten Rechte unberücksichtigt bleiben müssten, weil diese Rechte geringer waren als die Stimmen der Biesenthaler. Die „Schwächung der Sozialdemokratie“, die die Gegner der Gewerkschaften mit so großem Geschrei angekündigt hatten, ist jedoch vorbeigegangen, denn 64 Arbeitgeberstimmen ergeben für die Arbeitervereinigung einen Fortschritt um zehn Sitze.

Gewerbegerichtliches.

Reichsmeisterate. Der Schlosser M. arbeitete seit Juni 1907 bei der Firma B. in Magdeburg. Weil er sich gut eingearbeitet hatte, wurde er Leiter einer Abteilung des Betriebes. Im November dieses Jahres nahm er in einer andern Fabrik eine Stellung als Betriebsleiter an. Die Firma B. hatte ihm ein ungemeindes Zeugnis ausgestellt. Die neuen ungültigen Eintragungen war besonders nicht bemerkt, daß M. die Stellung eines Betriebsleiters bekleidet hatte. Die Firma verweigerte diese Eintragung, weil M. das Fach erst bei ihr erlernt hatte. Das Gewerbege richt entschied jedoch am 3. Dezember, daß es gleichgültig sei, wo M. seine Funktionen gelernt habe. Es kommt nur darauf an, daß er tatsächlich Betriebsleiter gewesen sei, und dieses sei bewiesen. Dementsprechend wurde die Firma verurteilt, am 1. Dezember, daß M. seine Funktionen gelernt habe. Die Firma verweigerte diese Eintragung, weil M. das Fach erst bei ihr erlernt hatte. Das Gewerbege richt entschied jedoch am 3. Dezember, daß es gleichgültig sei, wo M. seine Funktionen gelernt habe. Es kommt nur darauf an, daß er tatsächlich Betriebsleiter gewesen sei, und dieses sei bewiesen. Dementsprechend wurde die Firma verurteilt, am 1. Dezember, daß M. seine Funktionen gelernt habe. Die Firma verweigerte diese Eintragung, weil M. das Fach erst bei ihr erlernt hatte. Das Gewerbege richt entschied jedoch am 3. Dezember, daß es gleichgültig sei, wo M. seine Funktionen gelernt habe. Es kommt nur darauf an, daß er tatsächlich Betriebsleiter gewesen sei, und dieses sei bewiesen. Dementsprechend wurde die Firma verurteilt, am 1. Dezember, daß M. seine Funktionen gelernt habe. Die Firma verweigerte diese Eintragung, weil M. das Fach erst bei ihr erlernt hatte. Das Gewerbege richt entschied jedoch am 3. Dezember, daß es gleichgültig sei, wo M. seine Funktionen gelernt habe. Es kommt nur darauf an, daß er tatsächlich Betriebsleiter gewesen sei, und dieses sei bewiesen. Dementsprechend wurde die Firma verurteilt, am 1. Dezember, daß M. seine Funktionen gelernt habe. Die Firma verweigerte diese Eintragung, weil M. das Fach erst bei ihr erlernt hatte. Das Gewerbege richt entschied jedoch am 3. Dezember, daß es gleichgültig sei, wo M. seine Funktionen gelernt habe. Es kommt nur darauf an, daß er tatsächlich Betriebsleiter gewesen sei, und dieses sei bewiesen. Dementsprechend wurde die Firma verurteilt, am 1. Dezember, daß M. seine Funktionen gelernt habe. Die Firma verweigerte diese Eintragung, weil M. das Fach erst bei ihr erlernt hatte. Das Gewerbege

